108. Donnerstag, den 9. Mai 1867. 108.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 9. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten Personen Orden zu verleihen, und zwar: Den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub: Dem Kammerherrn, Baron v. Maercken zu Gerath, Hofmarschall des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen Königliche Hoheit; den Rothen Adlerorden dritter Klasse: dem Kammerherrn Ihrer Königlichen Hoheit der Erbprinzessin zu Hohenzollern-Sigmaringen, v. Brauchitsch; den Rothen Adlerorden vierter Klasse: dem Hauptmann Baron v. Collas, aggregirt dem 1. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 26 und kommandirt als Adjutant bei des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen Königliche Hoheit, sowie den Königlichen Kronenorden zweiter Klasse: dem Fürstl. Hohenzollern-Sigmaringenschen Kabinetsrath v. Werner.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 8. Mai Abends. Die „Wiener Abendpost" veröffentlicht ein Telegramm aus London, dem nach in der gestrigen Konferenz ein bereits ausgearbeiteter Vertragsentwurf vorgelegt wurde, welcher mit Ausnahme eines einzigen Artikels allgemeine Zustimmung fand. Es ist gegründetste Aussicht auf baldige Verständigung vorhanden.

Dresden, 8. Mai. Das „Dresdner Journal" dementirt auf das Entschiedenste die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die sächsische Regierung die Konvertirung der sechsprozentigen Landdarlehnsschuld in eine fünfprozentige Staatsschuld eingeleitet habe oder einzuleiten beabsichtige.

London, 8. Mai. Lord Stanley hatte heute Einzelbesprechungen mit mehreren Konferenzmitgliedern, Gegenstand derselben war angeblich die Garantiefrage. Die Stimmung der diplomatischen Kreise ist hoffnungsvoll. Labouchères vorgestern ohne Angabe eines Grundes vertagte Interpellation kommt wahrscheinlich heute vor.

Der Laskersche Antrag

wegen Aufhebung der Zinsbeschränkungen für Darlehne auf Immobilien kommt also im Abgeordnetenhause, um die zwischen der Vor- und Schlußberathung des Bundesverfassungs-Entwurfs liegende Pause nicht ungenützt zu lassen, wirklich zur Verhandlung. In der That konnte diese Pause nicht besser ausgefüllt werden; denn giebt es in Preußen augenblicklich eine brennende Frage, so ist es die Kreditfrage, und die Kreditfrage hängt so innig mit der Zinsfrage zusammen, daß sie gewissermaßen nur durch die Lösung dieser zeitgemäß zu entscheiden ist.

Bisher wurde für den einstweiligen Fortbestand der Hypothekenzinsbeschränkungen gewöhnlich ein Argument angeführt, das namentlich unter unseren hiesigen Verhältnissen viel Effekt übte. Der Grundbesitz, sagte man, ist so mit Hypotheken belastet, daß selbst der prinzipielle Gegner der Zinsbeschränkungen bei dem Mangel aller Vorbereitungen, die dazu dienen könnten, ihm seine Kapitalien zu einem mäßigen Zinsfuß zu erhalten, von der Besorgniß einer argen Krisis erfüllt sein und wünschen müßte, daß, bevor jene gesetzliche Reform eintrete, für den Grundbesitz hinreichend durch Hypothekenbanken und ähnliche Institute gesorgt sei. Namentlich scheint unser Herrenhaus bei seiner Verhandlung der Angelegenheit von dieser Idee geleitet worden zu sein. Man gewahrte in der Mehrheit seiner Mitglieder nicht sowohl die prinzipielle Gegnerschaft, als die Neigung, mit der Gesetzgebung zu temporisiren. Der Grundbesitz soll Zeit haben, sich auf die Maßregel, nachdem sie ihm als bevorstehend angekündigt worden, gehörig einzurichten.

Wir haben dieser Ansicht billige Rechnung getragen, da uns in der That viel für sie zu sprechen schien.

Aber es scheint, daß nach allen Vorverhandlungen über die Sache und nachdem ein bedeutender Riß in die sogenannten Wuchergesetze gemacht worden, jeder, der sich überhaupt auf die Maßregel vorbereiten wollte, Zeit dazu hatte. Sehr viele haben selbstverständlich die Zeit nicht nützen können, weil das Bankwesen selbst noch zu sehr unter dem Einfluß der geltenden Gesetzgebung stand, als daß es sich nach allen Seiten hätte frei entwickeln und in rechter Weise belebend auf den Kredit einwirken können. Noch sind die Hypothekengeschäfte an zu viele Rücksichten und Formalitäten gebunden, die erschwerend für das Kredit nehmende Publikum sind. Es müssen bei Darlehnsgeschäften Wege gesucht werden, welche weitläufig sind, aber gegen das Zinsgesetz nicht verstoßen; mit Sorgfalt müssen die Thüren und Breschen benutzt werden, welche das Handelsgesetzbuch und die bisherigen direkten Anläufe gegen die Zinsgesetze geschaffen haben.

Es läßt sich also nunmehr mit vollem Rechte sagen: was auf einer Seite dem Grundbesitz durch Temporisiren genützt wird, indem die Hypothekenkrisis abgeschwächt werde, das wird ihm auf der anderen Seite reichlich durch Verlängerung derselben geschadet.

Hypotheken-Kredit-Institute sind überall wie Pilze aus der Erde gewachsen oder in der Bildung begriffen — sie sind die einzig entsprechende Vorbereitung auf die Freigebung des Hypothekenzinses. Nun müssen sie aber auch ungehindert ihre Wirksamkeit entfalten dürfen. Sollen sie bei jedem Darlehensgeschäft, welches sie abschließen wollen, erst fragen, ob sie nicht mit dem Zinsgesetz in Kollision kommen, oder in welche Form sie das Geschäft kleiden müssen, um jenem auszuweichen, so ist ihre Stellung eine sehr üble und ihre Gemeinnützigkeit beschränkt.

Wir hoffen, daß das Herrenhaus sich diesen Erwägungen, wenn die neue Vorlage ihm gemacht wird, nicht verschließen und seinen Widerstand gegen dieselbe endlich aufgeben wird, um einmal denjenigen, die es der Impotenz und der durchgehenden Verkennung unserer inneren Zustände anklagen, zu zeigen, daß es wenigstens auf dem materiellen Gebiete nicht jedem Reformgedanken unzugänglich ist. — Die Regierung wird ohne Zweifel das Ihrige thun, dem Gesetzentwurf dieses Mal die Annahme im Hause zu sichern.

Deutschland.

Preußen. ♆ Berlin, 8. Mai. Während man in diplomatischen Kreisen einer durchaus optimistischen Anschauung begegnet, welche den Frieden durch die Konferenz für gesichert ansieht, findet man in regierungsfreundlichen Kreisen seit den letzten Tagen andauernd eine sehr ernste Stimmung; man giebt von einflußreicher Seite durch direkte und indirekte Aeußerungen zu erkennen, daß man dem Kriege näher stehe, als dem Frieden und es mehren sich denn auch die Anzeichen, daß die Vertagung der Rüstungen in Preußen die längste Zeit gedauert hätte. In Abgeordnetenkreisen namentlich hatte sich heute diese letztere Annahme ziemlich weite Verbreitung geschafft, vielleicht lehnte man an eine Bemerkung an, welche Graf Bismarck gestern schon jener Deputation der Konservativen, welche ihn am Jahrestage des Blind'schen Attentates beglückwünschte, nach dieser Richtung hin machte, vielleicht auch gaben die Wünsche des Ministerpräsidenten wegen Beschleunigung der Berathung über die Verfassung (s. unten.) dazu Anlaß. Jedenfalls giebt der heutige allarmirende Artikel der Provinzial-Korrespondenz Grund genug zu sehr ernsten Befnrchtungen. Wenn die Regierung bis jetzt noch keine direkten Gegenrüstungen unternommen hat, so ist darum in keiner Weise zu besorgen, daß dadurch Etwas versäumt worden ist, es wird sich bestätigen, was an dieser Stelle gemeldet worden, daß die Vorbereitungen eine möglichst schnelle Ausführung auch der umfassendsten Maßnahmen gestatten werden.

So wäre denn im Abgeordnetenhause der Entwurf der Norddeutschen Bundesverfassung in erster Lesung angenommen. Vielleicht wäre man damit auch heute nicht so schnell zu Ende gekommen, wenn nicht bekannt geworden wäre, daß der Ministerpräsident dem Präsidenten v. Forckenbeck dringende Beschleunigung anempfohlen hätte mit dem Hinzufügen, daß man die Eventualitäten, welche einen Abschluß der auf die Verfassung bezüglichen Berathungen wünschenswerth machen, nicht absehen könne. Die heutige Debatte war denn auch schon ziemlich matt geworden, die rechte Seite des Hauses schwieg ganz und machte sich zum Zuschauer des Kampfes zwischen den Nationalliberalen und der Linken. Der Schwerpunkt der Verhandlungen ist wohl in der Rede Laskers zu suchen, welcher den Standpunkt seiner Fraktion rechtfertigte und mehr als es seiner Sache nützlich war, persönlich wurde. Der Ausfall, mit dem ihm der Abg. Michelis (Allenstein) erwiderte, hat im ganzen Hause große Entrüstung hervorgerufen, man hatte eine derartige Abschweifung wohl von einem — Priester am wenigsten erwartet; der Ton der Rede gehört überall hin, nur nicht in ein Parlament. — Im linken Centrum wurde gestern Abend der Antrag, die Ablehnung der Verfassung zur Parteifrage zu machen, mit 17 gegen 15 Stimmen abgelehnt, die Minorität will aus der Fraktion scheiden. Es sind dies die Abgeordneten: Harkort, Elven, Schwartz, Deutz, Pelzer, Meuser, Weppold, Olbertz, Dr. Fühling, Nitschke, Meulenbergh, Schulte-Westhoff, Kreutz, Winkelmann, Nücker.

— Sehr ernst spricht sich ein Artikel der heutigen „Provinzial-Korrespondenz" über die Lage aus. Derselbe lautet:

„Die Besorgnisse wegen einer ernsteren Verwicklung auf Grund der Luxemburger Angelegenheit waren in jüngster Zeit friedlicheren Hoffnungen gewichen. Der Wunsch der preußischen Regierung und des preußischen Volkes auf Erhaltung des Friedens unterlag von vornherein keinem Zweifel, aber auch die Bedenken, welche in Bezug auf die Friedensliebe Frankreichs im Hinblick auf die Haltung der französischen Blätter und auf die von der französischen Regierung eingestandenermaßen angeordneten Rüstungen entstehen mußten, waren eines Theils durch die friedlichen Erklärungen in der amtlichen Zeitung der französischen Regierung, andern Theils durch die von allen Seiten eingehenden Nachrichten von den gemeinschaftlichen Bemühungen der Großmächte für die Erhaltung des Friedens zerstreut worden. Diese Bemühungen haben in der That den Erfolg gehabt, daß gestern, am 7. Mai, in London Konferenzen der europäischen Mächte znr Besprechung und Verständigung über die Luxemburger Angelegenheit begonnen haben.

Gleichwohl hat die Nachricht von dem Zusammentritt dieser Konferenz nicht die erhöhete Beruhigung gewährt, welche nach den vorherigen Absichten und Anzeichen davon erwartet werden durften.

Zwar lauten die vorläufigen Mittheilungen in Bezug auf die Stimmungen der Konferenzmächte günstig; namentlich soll England die Bedenken, welche es gegen die Sicherung einer neutralen Stellung Luxemburgs zuerst zu hegen schien, aufgegeben haben.

Aber die Aussichten, welche sich auf die Konferenzberathungen gründen, werden durch die Mitheilungen getrübt, welche über die Fortdauer französischer Rüstungen in zuverlässiger Weise eingehen. Diese Nachrichten bekunden, daß Frankreich seine Armee nicht blos, wie im amtlichen Blatte angedeutet war, auf die volle regelmäßige Friedensstärke bringt, hinter welcher dieselbe in der letzten Zeit zurückgeblieben war, sondern durch die eifrig fortgesetzten Pferde-Ankäufe und durch umfassende Einziehung von Mannschaften über jene Friedensstärke hinaus geht und seine Armee in einen Stand versetzt, der dieselbe über das Bedürfniß des Friedens hinaus zu Angriffszwecken fähig erscheinen läßt.

Unter solchen Umständen wird die preußische Regierung neben dem aufrichtigen Wunsche und fortdauerndem Bestreben auf Erhaltung des Friedens sich der Nothwendigkeit ernster Vorsicht und Wachsamkeit nicht verschließen dürfen. Preußen hat bisher keinen Mann einberufen, kein Pferd gekauft. Es hält auch jetzt nicht blos an dem Wunsche, sondern auch an der Hoffnung auf Frieden fest. Die Konferenz kann die Erfüllung dieser Hoffnung bringen; aber diese Möglichkeit kann für Preußen kein Grund sein, Vorsichtsmaßregeln zu vernachlässigen, welche nur dann unterbleiben könnten, wenn Frankreich, wie man vor acht Tagen erwarten durfte, durch die That eine Sicherheit gewährte, daß es den Frieden in vollem Ernste erstrebt, nicht blos als Möglichkeit gelten läßt.

Nur eine schleunige friedliche Entscheidung durch die Konferenz wird unsere Regierung der Nothwendigkeit überheben können, diejenigen Maßregeln der Vorsicht zu ergreifen, welche sie Preußens und Deutschlands Sicherheit schuldig ist."

— Nach der „Z. K." soll die Luxemburger Frage heute so stehen, daß entweder in einigen Tagen ein Resultat auf den Londoner Konferenzen erzielt oder aber nach Ablauf dieser Frist die Mobilmachung der preußischen Armee angeordnet wird.

— Daß Preußen für die Aufgebung der Festung Luxemburg eine Kompensation zu fordern berechtigt sei, wird in folgender Weise von der „Kr.-Z." ausgeführt:

Oestreich hatte unter Vermittelung Frankreichs schlechthin anerkannt, daß Preußen in Norddeutschland beliebig Territorialveränderungen vornehmen könne. Nach Lage der Dinge konnte sich begreiflicher Weise diese Stipulation nicht auf die mit Preußen verbündeten Norddeutschen Staaten, sondern nur auf die ihm feindlich gegenübergetretenen ehemaligen Bundesstaaten in Norddeuschland beziehen. Von diesen Staaten war nur Sachsen ausdrücklich ausgenommen; alle übrigen waren ohne Ausnahme der Diskretion des Siegers überlassen. Hieraus folgt, daß Oestreich und das vermittelnde Frankreich kein Recht des Einspruchs gehabt hätten, wenn Preußen das ehemalige Bundesland Luxemburg sich zu inkorporiren gewillt gewesen wäre. Dasselbe würde von den übrigen Großmächten gelten, sofern und sobald sie den Prager Frieden anerkannt haben. So steht die Sache rechtlich, — und daher wohl auch die lächerliche Angst vor „preußischer Annexion" in Holland, obwohl Preußen nicht einmal an die Einverleibung Luxemburgs gedacht hat. Gelingt es nur erst, auf der Londoner Konferenz diese hier skizzirte Position einzunehmen und zur Geltung zu bringen, so mag Preußen immerhin im Interesse des allgemeinen europäischen Gleichgewichts und Friedens auf Luxemburg, wie auf dessen Zutritt zum Norddeutschen Bunde, verzichten. Es wird ihm aber alsdann keine der auf der Konferenz vertretenen Mächte die Berechtigung absprechen dürfen, für diese Verzichtleistung nach anderer Seite hin eine Kompensation zu fordern. Und bieten sich nicht bei der Unbestimmtheit der Stipulationen über die Abstimmung in Nordschleswig, über die geographische und politische Bedeutung der Mainlinie der Gegenstände genug dar, welche als geeignete Kompensationsobjekte im Interesse von ganz Deutschland in Vorschlag zu bringen wären?

— Ueber die Stellung Belgiens zu der Neutralisationsfrage wird der „Wes.-Ztg." geschrieben: Die Einladung Belgiens läßt die Annahme zu, daß die Vereinigung des Großherzogthums Luxemburg mit Belgien nicht ganz außer Frage steht. Wenn es früher hieß, der König von Belgien widerstrebe einer solchen Erwerbung, so ist das, wie ich aus bester Quelle erfahre, ein Irrthum. Im Gegentheil hat der König auch bei seinem hiesigen Besuche den lebhaften Wunsch ausgesprochen, das Großherzogthum, welches für Belgien strategisch und kommerciell von großem Werthe ist, zu erwerben.

— In einem Artikel über Luxemburg in der „Times", dem sie eine hervorragende Stelle einräumt, wird der Nachweis geliefert, daß das neutralisirte Luxemburg, wenn es nicht kommerciell verkommen solle, beim Zollverein bleiben müsse. Eine Handels-Einigung mit Frankreich, wie letzteres sie vorgeschlagen, sei in Anbetracht der geographischen und kommerciellen Verhältnisse Luxemburgs so vollständig unzulässig, daß man auf den Gedanken gerathen müsse, Frankreich wolle durch diesen Vorschlag die Konferenz zur Annahme eines Mittelweges zwingen, nämlich zur Auflösung jedweder Verbindung zwischen Luxemburg und Deutschland, damit es, um nicht dem Douanensystem Frankreichs überliefert zu werden, gänzlich in Belgien einverleibt werde.

— In Bezug auf die Neutralisirung der Ostsee im Falle eines Krieges wird der „Köln. Z." von Berlin geschrieben:

Seit einiger Zeit gehen hier in politischen Kreisen Gerüchte über ein mögliches Arrangement für gewisse Fälle zwischen Preußen und Amerika. Man wollte sogar von Besuchen des Grafen Bismarck bei dem amerikanischen Gesandten wissen u. s. w. Das alles schien doch aber vorerst ziemlich problematisch und namentlich mit der amerikanischen Monroe-Doktrin schwer vereinbar. Glaubhafter klingt, daß Preußen, dessen auf ausländischen Werften erst im Bau begriffene Kriegsschiffe einen Ersatz erfordert hätten, auf den Ankauf amerikanischer Schiffe, die allerdings nicht durchweg tüchtig sein sollen, bedacht gewesen wäre. Beachtenswerth ist auch, was von Anstrengungen Rußlands zu Gunsten der Neutralisirung der Ostsee hier und da berichtet wird.

— Wir müssen, schreibt die „N. P. Z.", auch heute hervorheben, daß die französischen Rüstungen in bisheriger, wenn nicht stärkerer Weise fortgesetzt werden. Ein Pariser Korrespondent der „K. Z." meldet, daß „die in Ungarn angeordneten Pferde-Ankäufe trotz der abrüstenden Moniteur-Note noch nicht abgesagt wurden." Auch wir haben eine, diese Nachricht bestätigende Nachricht erhalten und erfahren, daß bei Eisenbahn-Direktionen wegen eines Transports von 8000 ungarischen Pferden nach Frankreich Anfragen gemacht worden sind. Dazu kommt, daß an der ganzen Ostgrenze Frankreichs von Händlern und Kommissionen Aufkäufe von Pferden an Sonn- und Werktagen seit Monatsfrist zur Ausfuhr nach Frankreich stattfinden. Da umgekehrt keine Pferde aus Frankreich nach Baden seit einer Woche gelangen, wie man uns von dort schreibt, so ist anzunehmen, daß in Frankreich ein Verbot der Pferde-Ausfuhr faktisch ausgeübt wird. Ein Pariser Korrespondent der „Augsburger Zeitung" vom 4. Mai versichert gleichfalls, daß die Rüstungen nicht eingestellt, sondern mit erhöhter Sorgfalt dem Lichte der Oeffentlichkeit entzogen würden. „Die Einziehung sämmtlicher Reserven sind in den Augen des gemeinen Mannes verläßlichere Kennzeichen, sagt der Bericht, als alle Mittheilungen des Moniteur." Wir bemerken, daß von den Reserven die Beurlaubten zu unterscheiden sind. Die letzteren bilden die eigentliche Reserve-Armee, welche aus denjenigen Mannschaften, etwa 40,000 Mann des Jahres, gebildet ist, die nicht zur Einstellung kommen, sondern jährlich nur 2 bis 3 Monate in den Waffen geübt werden. Es sind dies für sieben Jahrgänge etwa 250,000 Mann. Die „Spen. Ztg." meldet, daß in Paris die Vorbereitungen auf den Eisenbahnen getroffen seien, um täglich 50,000 Mann zu transportiren. Wir erfahren, daß nach dem Lager von Chalons täglich in vier Eisenbahnzügen Kriegsmaterial geschafft wird. Aus dem Uebungslager scheint sich ein Kriegslager zu entwickeln. Nach alle dem ist unsere Frage gewiß gerechtfertigt: Wozu dies Alles auch nach der abrüstenden Moniteur-Note?

— Nach der Aussage zuverlässiger Personen, welche kürzlich in Paris gewesen, herrscht dort allgemein eine große Erbitterung gegen die Chauvinisten, ganz besonders gegen Girardin, welchem man mit Recht einen sehr wesentlichen Antheil an der Ent-

stehung des Kriegslärms zuschreibt. Wo Girardin sich öffentlich zeigt, wird ihm vom Volke zugerufen, daß er erkauft sei von den depossedirten Fürsten. Wiederholt haben Steinwürfe nach seinem Wagen ihm kundgethan, wie die Pariser für die Leute fühlen, welche ihnen durch die gehofften schönen Einnahmen bei der Ausstellung — vorerst wenigstens — einen Strich gemacht haben. (B. B. Z.)

— Gleich dem Abgeordneten Lüning hat auch der Abgeordnete Lasker ein Schreiben an den Vorstand des IV. Berliner Wahlbezirks gerichtet.

— Am letzten Sonntag fand bei dem Minister v. Mühler „Polterabend" statt, zur Vermählung der Tochter desselben mit dem Grafen Schwerin, dem Sohne des ehemal. Staatsministers.

Hessen. Mainz, 5. Mai. Die Nachricht von der Umänderung der württembergischen Infanterie-Waffen durch ein hiesiges Fabrikgeschäft bedarf der Ergänzung, daß der Auftrag nachträglich wieder in Folge von Differenzen wegen des Preises rückgängig gemacht und der Bevollmächtigte gestern nach Stuttgart zurückgekehrt ist. Auch die hessische Regierung hatte sich in der ähnlichen Angelegenheit hierher gewendet. Eine Fabrik zu Suhl ist jetzt mit der Umarbeitung der Waffen fast aller süddeutschen Staaten beschäftigt; nur Bayern läßt diese Arbeit im eigenen Lande, zu Nürnberg, besorgen. Durchschnittlich werden 16 Gulden für die Umwandlung pr. Stück bezahlt und man kann sich leicht ein kleines Bild von den Kosten der militärischen Reformen machen. (Fr J.)

Luxemburg, 5. Mai. Die Luxemburger Journale bringen den Wortlaut einer Adresse, welche der Gemeinderath der Stadt am 3. Mai mit Einstimmigkeit angenommen hat, die dem König-Großherzog von einer Deputation überreicht werden wird und eventuell auf der Londoner Konferenz unterbreitet werden soll. Sie enthält unter Andern eine Darstellung von dem Schaden, den die Stadt durch den Verlust der Garnison erleiden würde; die Einwohnerzahl beliefe sich nur auf 13,000, die gewöhnliche Garnison wäre 4000 Mann stark, der Werth der Gebäulichkeiten würde sich um 50 pCt. vermindern. Die Eisenbahnstation wäre leider entfernter von der Stadt und wenn durch Aufhebung der Festung das Verbot des Bauens aufhöre, so werde sich der Verkehr um die Eisenbahnstation koncentriren u. s. w. „Wenn die Großmächte, um Europa den Frieden zu erhalten, die Räumung oder Demolirung unserer Festung beschließen, so werden sie der Wohlfahrt den Ruin, der Wohlhäbigkeit den Mangel folgen lassen, sie sind der Stadt Luxemburg eine gerechte Entschädigung schuldig." Das ganze Aktenstück charakterisirt die traurigste beschränkteste Kleinbürgerlichkeit.

Oestreich.

Lemberg, 5. Mai. Den ruthenischen Beamten und Lehrern, welche nach Moskau zur slawisch-ethnographischen Ausstellung reisen wollten, sind Seitens der Behörde die Pässe zu dieser Reise verweigert und sie dadurch genöthigt worden, die Reise aufzugeben — In unterrichteten Kreisen wird hier versichert, daß Fürst Wladislaw Czartoryski zum Mitglied des östreichischen Herrenhauses ernannt worden sei. Der Fürst ist nämlich Besitzer der in Galizien gelegenen Herrschaft Sieniawa.

Großbritannien und Irland.

London, 7. Mai. Wie „Reuter's Office" meldet, zögert England, die verlangte Garantie der luxemburgischen Neutralität, worauf Preußen besteht, seinerseits zu geben.

London, 8. Mai. „Times" und „Morning Post" stellen eine baldige und befriedigende Lösung der schwebenden Differenzen in Aussicht; letzteres Journal meint sogar, die Verhandlungen würden bereits Sonnabend zum Abschluß gelangen.

Aus Newyork vom 27. August wird per Dampfer „Baltimore" gemeldet: Kaiserlichen Berichten zufolge wurde Puebla zurückerobert.

Frankreich.

Paris, 6. Mai. Die Friedenszuversicht ist endlich allgemein geworden; die Mittheilung aus dem Kabinette des Kaisers im „Constitutionel" hat das Eis gebrochen. Die „France" bringt bereits Nachweis über die Reisen der hohen Häupter nach Paris: der Kronprinz von Preußen erwartet nur das Ergebniß der Londoner Konferenz, um als preußischer Ausstellungspräsident seine Mission anzutreten; in der preußischen Gesandschaft werden bereits die Zimmer für ihn bereitet. Der Kaiser von Rußland geht gegen den 28. Mai von Kopenhagen nach Paris, wo er Anfangs Juni mit dem Könige von Preußen zusammentrifft; beide Monarchen wohnen im Palast des Elysée. Der Kaiser und die Kaiserin von Oestreich treffen nach der Abreise jener beiden Monarchen ein. Graf v. d. Goltz, Baron Budberg und Fürst Metternich bereiten große Festlichkeiten vor; der König und die Königin der Belgier treffen am 11. Mai in Paris ein. Auch der König und die Königin von Portugal, sowie der König von Bayern werden erwartet. Im Pariser Stadthause werden den hohen Gästen glänzende Feste gegeben werden.

Italien.

Florenz, 7. Mai. Nach dem Gesetzentwurf betreffend die Reorganisation der Armee, soll dieselbe auf dem Friedensfuß 200,000 Mann, auf dem Kriegsfuß 550,000 Mann betragen; der bisherige Bestand wird dadurch um 100,000 Mann herabgesetzt. — Der Kriegsminister hat bei dem Parlament um die Bewilligung von einer Million Francs zur Deckung der Kosten für die Umarbeitung der Gewehre nachgesucht.

Rußland und Polen.

Moskau, 5. Mai. In der Nacht zu vorgestern (Feitag) ist der Kaiser in seiner hohen und höchsten Begleitung glücklich im Petrowski'schen Palais angelangt. Der feiliche Einzug fand vorgestern Morgen statt. Beim Einzuge saß die Großfürstin Cesarewna in offener Kalesche, der Kaiser und der Großfürst Thronfolger und der Großfürst Wladimir Alexandrowitsch zu Pferde. Abends fand eine Fahrt der hohen Gäste durch die glänzend erleuchteten Straßen statt. Gestern um 12 Uhr war Parade über das Jekaterinoslaw'sche Leib-Grenadier-Regiment Sr. Majestät des Kaisers auf dem Czaren-Platze; dann allgemeiner Empfang der vorzustellenden Personen bei dem Cesarewitsch und der Cesarewna im Katharinensaale. Mittags 12 Uhr Eröffnung der ethnographischen Ausstellung durch S. k. Hoh. den Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch und um 2 Uhr, unter dem Vorsitze Sr. Hoheit, Festsitzung der naturwissenschaftlichen Gesellschaft. — Heute am Georgstage ist Messe in der Palaiskirche; dann Kirchenparade über die Alexander-Militärschule, deren Jahresfeiertag auf heute fällt; Galadiner bei Sr. Majestät im Alexandersaale; Abends Galavorstellung im Theater. Morgen um 1 Uhr wird Parade über die ganze Moskauer Garnison auf dem Theaterplatze, Abends Ball beim Moskauer General-Gouverneur stattfinden. Mittwoch wahrscheinlich der Ball, den der Moskauer Adel den hohen Gästen zu geben beabsichtigt und am Donnerstag bei günstigem Wetter Volksfest im Petrowskischen Park. Freitag Ball beim Kaiser im Alexandersaale. — Morgen über acht Tage findet dann, nach Abhaltung eines Volksfestes in Shokolniki Abends 8 Uhr die Rückfahrt der kaiserlichen Herschaften nach Petersburg statt.

Amerika.

— Nachrichten aus Mexiko bestätigen die Erstürmung von Puebla. Die Imperialisten verloren 1000 Mann, während Porfirio Diaz Verlust auf 2000 Mann angegeben wird. Nach der Uebergabe ließ Porfirio Diaz dann eine zahlreiche Reihe kaiserlicher Offiziere erschießen. Republikanischen Berichten zufolge, herrschte in Queretaro unter den Kaiserlichen große Noth, Maximilian hielt nur noch mit Mühe einen Theil der Stadt und Entrinnen war unmöglich.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

(6. Sitzung vom 8. Mai.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Ministertisch Freiherr v. d. Heydt, v. Selchow; später Graf v. Bismarck.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten wird die Schlußberathung über die Verfassung des Norddeutschen Bundes fortgesetzt. Es erhält zunächst das Wort

Abg. Reichensperger (für den Antrag des Referenten). (Das Haus ist sehr unruhig und wird vom Präsidenten wiederholt zur Ruhe ermahnt): Meine Herren! Für ungerechtfertigt muß ich erklären den Ausdruck der Bitterkeit, mit dem die Linke gegen die Annahme der Verfassung auftritt und den Ausdruck der Hoffnungslosigkeit, mit dem die Opposition in die Zukunft blickt. Denn die Opposition sollte doch sehr wohl wissen, daß die Mehrheit der hier anwesenden Abgeordneten das Bedürfniß nach einer freiheitlichen Gestaltung unserer staatlichen Bedürfnisse hegt. Es wundert mich dies um so mehr, als die Opposition doch sonst immer gesagt hat, sie sei durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Volk hinter ihr stehe. Und nun, nachdem durch die aus dem allgemeinen Wahlrechte hervorgegangenen Vertreter des Volkes eine neue Staatseinrichtung geschaffen ist, ein Einkammersystem, das auch in Zukunft durch das allgemeine gleiche Wahlrecht gebildet werden wird, jetzt sagen Sie, daß keine Spur von Hoffnung mehr möglich und daß jede freiheitliche Entwickelung schlechthin abgeschnitten sei? Es ist dies ein Ausdruck des Kleinmuthes, der seines Gleichen nur hat in dem früher öfters ausgesprochenen Uebermuth, daß es nur eines Parlamentes bedürfe, um alle Hoffnungen des Volkes auf einmal zu befriedigen. (Abg. v. Vincke-Hagen ruft: Sehr gut!) Ich begreife sehr wohl die Enttäuschung in Folge des Ausfalls der letzten Wahlen. Diese Wahlen aber können nicht als dauernder Maßstab dienen, weil sie ein Erfolg der großen Erscheinungen der letzten Zeit waren, welche auch im Abgeordnetenhause manche unerwartete Aenderungen hervorgerufen haben. Ich bin aber überzeugt, wenn dasselbe Prinzip in Zukunft zur Geltung kommt, die Versammlung immer eine Majorität bieten wird, die die Freiheitsgedanken auch in Zukunft weiter ausbilden wird.

Die Vorwürfe, welche die Opposition gegen die Verfassung macht, sind materiell allerdings gerechtfertigt. Deshalb bin ich ja auch im Schoße des Reichstages dafür eingetreten, daß die bestehenden verfassungsmäßigen Rechte der preußischen Verfassung ungeschmälert in die Bundesverfassung aufgenommen werden sollten. Ich bedaure lebhaft, daß die Majorität des Reichstages diesen Standpunkt nicht getheilt hat, weil ich die Ueberzeugung habe, daß wenn der Reichstag seiner wirklichen wahren Ueberzeugung gefolgt wäre und den politischen Standpunkt der Nation zur Geltung gebracht hätte, die Verfassung trotzdem zu Stande gekommen wäre. Denn ich bin überzeugt, daß keine einzige Regierung der Mittelstaaten z. B. ein Interesse daran hatte, das Budgetrecht der Volksvertretung zu beschränken; im Gegentheil, der einzige Faktor, der ein Interesse daran haben konnte, war die Krone Preußen. Aber die Krone Preußen hätte schließlich gewiß nicht Nein gesagt zur Bundesverfassung, wenn die in der preußischen Verfassung sanktionirten Rechte in dieselbe übertragen worden wären; denn der Krone Preußen ist trotzdem darin so viel an Macht und an Rechten eingeräumt worden, wie früher nie. — Das war mein Standpunkt im Reichstage. Anders liegt die Sache hier. Die Majorität des Reichstages hat die vorliegende Verfassung acceptirt. Das preußische Abgeordnetenhaus darf sie nicht ablehnen. Denn hat denn das Abgeordnetenhaus etwa das Recht, die Macht oder den Beruf, eine andere und bessere Verfassung zu Stande zu bringen? Eine einzige Frage ist hierbei maßgebend: Ob die unveränderte Beibehaltung der preußischen Verfassungs-Paragraphen wichtiger ist, als das Zustandekommen des Norddeutschen Bundes? Diese Frage muß ich verneinen. Wer die Nothwendigkeit des Zustandekommens des Norddeutschen Bundes heute noch verkennt oder ableugnet, der ist herausgetreten aus der ganzen Lebensströmung des deutschen Volkes, der steht auf dem Standpunkte eines Doktrinarismus der schlimmsten Art, indem er eine vollkommene Entfremdung der Deutschen vorzieht einer (wenn auch mangelhaften) bundesmäßigen Vereinigung. (Beifall rechts.) Denn ohne die Bundesverfassung ist nach den letzten Ereignissen Norddeutschland nicht einmal mehr ein geographischer Begriff. Die Annahme der Verfassung halte ich deshalb für eine absolute Nothwendigkeit, für eine Existenzbedingung von Deutschland; es muß ein Massenkörper gebildet werden, der eine Anziehungskraft auf die durch die Ereignisse losgelösten deutschen Glieder ausüben soll, um sie wieder zu vereinigen. Geschieht dies nicht, so sind wir es, welche Deutschland in die beklagenswerthe Lage bringen, in der sich Polen heute befindet. Wir sind dann noch schlimmer daran, da wir dann nicht einmal berechtigt sind, Anklagen gegen Andere deshalb zu erheben.

Es ist nun gesagt worden: Diese Einheit könne ja auch herbeigeführt werden durch Militär-Konventionen, durch Fürstenverträge. Diese Ansicht von politischen Enthusiasten zu hören, hätte ich am wenigsten erwartet. Für die wahren Interessen des preußischen und deutschen Volkes kann jedenfalls durch solche Verträge nichts geleistet werden. (Redner geht darauf auf eine Widerlegung der früheren Redner ein, welche gegen die Verfassung aufgetreten, und sucht nachzuweisen, daß die Mängel der Verfassung nicht so bedeutend sind, um eine Ablehnung derselben zu rechtfertigen. Bei der Unruhe des Hauses, die trotz der wiederholten Mahnung des Präsidenten, welcher das Haus mehre Male bittet, sich doch die Unbequemlichkeit, etwas still zu sein, aufzuerlegen, da er den Redner vom Präsidentensitz aus selbst nicht verstehen könne, sich immer mehr steigert, sind die Ausführungen des Redners auf der Journalistentribüne sehr schwer verständlich.) Die Verweigerung der Diäten ist allerdings zu beklagen, ich glaube aber, daß sie für die Dauer unmöglich ist, da die Versammlung sonst nicht zusammenhalten wird und man das Mittel, welches man beim preußischen Herrenhause gebraucht, die Beschlußfähigkeit auf ¼ der Mitglieder herabzusetzen, bei dieser Versammlung unmöglich in Anwendung bringen kann. — Wir haben so oft die Versicherung von Deutschen gehört, daß sie mit Gut und Blut für das Vaterland eintreten wollten; hier ist nun Gelegenheit für die Preußen speziell, einmals etwas Selbstverleugnung zu üben. — Den Deutschen ist oft nachgesagt worden: „Sie kommen stets zusammen, aber niemals überein." Ich hoffe, meine Herren, daß wir hier darüber überein kommen werden, ein Werk zu begründen, das uns für die Zukunft die volle deutsche Einigung in Aussicht stellt.

Abg. Dr. Löwe (gegen den Antrag des Referenten): Mit großer Aufmerksamkeit bin ich den Ausführungen des Herrn Vorredners gefolgt, indem ich begierig war, den dialektischen Prozeß mit anzusehen, der es dem verehrlichen Mitgliede möglich machte, im Reichstage gegen die Verfassung zu stimmen und hier die Gründe für die Annahme derselben zu entwickeln. Es thut mir leid, trotz der so lebhaften Erörterung des Redners, auch keinen einzigen entscheidenden Grund für die Aenderung seiner Ansicht gehört zu haben. Ich habe nur gehört, daß wir, die wir hier endgültig entscheiden sollen, uns in einer anderen Lage befänden, als die Versammlung, welche zuerst darüber abgestimmt hat. Der Redner hat auch davon gesprochen, daß wir hier nur Mandatare derselben Wähler sind, welche die andere Versammlung zu einer späteren Zeit gewählt haben; daß wir also nicht berechtigt wären, dem Votum dieser Versammlung entgegenzutreten. Da möchte ich doch dem Herrn Redner seine eigenen Worte entgegenhalten: „daß er es am Tiefsten beklage, daß die Versammlung ihrer eigensten Ueberzeugung und ihrem besten Wissen in den Abstimmungen nicht Ausdruck gegeben habe; daß sie also Beschlüsse gegen ihre bessere Ueberzeugung gefaßt, und daß, wenn die Beschlüsse so ausgefallen wären, wie sich nach der Zusammensetzung des Reichstages erwarten ließen, die wesentlichsten Differenzen zwischen dieser und jener Versammlung fortfallen würden. — Ich bin der Meinung, daß wir hier keine weitläuftigen Spekulationen darüber anzustellen haben, was wir in diesen oder jenen anderen Verhältnissen thun würden, sondern daß wir einfach zu fragen haben, ob das, was wir hier thun wollen, mit unserer Ueberzeugung und unserem Gewissen übereinstimmt.

Wenn ich nun zur Frage selbst übergehe, muß ich vor allen Dingen zwei Vorurtheile beseitigen. Erstens das, daß die äußeren Verhältnisse so drängend sind, daß wir in diesem Augenbliicke nichts anderes thun dürften, als die Einheit dem Auslande gegenüber herzustellen. M. H. Niemand, glaube ich, kann mehr von dieser Pflicht durchdrungen sein, wie ich, daß es die höchste Pflicht ist, die Macht und Einheit unseres Vaterlandes sicher zu stellen und die Selbstständigkeit der Nation dem Feinde gegenüber zu wahren. Was wir hier aber vorläufig feststellen sollen, ist nicht die ganze Nation, und es ist auch nicht das, was der Vorredner als das Minimum seiner Forderung bezeichnet hat, der Krystallisationspunkt, der Ausgangspunkt zur vollen Einigung. Selbst nach Annahme dieser Norddeutschen Verfassung stehen wir dem Auslande keineswegs geeinigt gegenüber, sondern noch immer in verschiedenen Gruppen. Der Zusammenhang mit Süddeutschland und die ganze Entwickelung des Norddeutschen Bundes ist nicht hinreichend gewahrt in der Verfassung; nicht einmal das Verhältniß zum Zollverein ist bestimmt dargelegt. Ich weise deshalb die Ansicht zurück, daß wir, wenn wir diese Verfassung des Norddeutschen Bundes annehmen, die von der Nation verlangte Einheit herstellen. Ich weise aber auch ferner die Anforderung zurück, daß wir uns eines drängenden Momentes wegen entschließen dürften, ein Institut zu begründen, das unsere ganze Zukunft in Frage stellt. (Sehr wahr! links.) Kompromisse kann man schließen bei einzelnen Maßregeln, deren Tragweite man klar übersehen kann. Wir gingen auf ein Kompromiß ein bei der Anleihe, wir schlossen ein Kompromiß bei der Idemnität, da wir die Folgen dieser Beschlüsse übersehen konnten. Wir gingen auf ein Kompromiß ein beim Reichswahlgesetz mit Bezug auf die Diäten für den ad hoc zu berufenden Reichstag, da wir hiernach genau beurtheilen konnten, welche Verlegenheiten für das eine Mal daraus entstehen konnten. Das war ein Kompromiß ad hoc. In der Kommission des Abgeordnetenhauses wurde die Sache von allen Seiten besprochen. Die Majorität ließ sich hier lediglich leiten durch den bestimmten Widerspruch der Regierungs-Kommissarien, daß die ganze Berufung des Reichstags daran scheitern würde, und durch die vom Ministerpräsidenten ausgesprochene Ansicht, daß es ja Sache des Reichstags selber sei, darüber zu entscheiden. Der einleuchtende Grund war der, daß man sagte: Der Regierung, welche sagt, die deutsche Einheit begründen zu wollen, dürfe man dabei kein absolutes Hinderniß in den Weg legen; und daß, wenn die Vertreter der preußischen Regierung behaupteten, daß sie von ihren Mitverbündeten abgehalten würde, dies zuzugestehen, man auch dies selbst glauben wollte, um nicht dieselbe Verantwortung auf sich zu laden, welche die Regierungen übernommen haben, als sie früher die Bestrebungen der Nation nach Einheit zurückdrängten. Aus diesen Erwägungen, m. H., werden Sie sehen, wie schwer es mir heute wird, daß ich Nein sagen muß; und ich muß als durchaus unbegründet die Anschuldigung des Vorredners zurückweisen, daß wir heute Nein sagten, weil wir wüßten, daß unser Votum doch keine praktische Bedeutung habe, da die Majorität für die Verfassung gesichert wäre, daß wir aber nicht Nein sagen würden, wenn dies nicht sicher wäre. Für mich und im Namen der mir näher stehenden Parteigenossen kann ich die bestimmte Versicherung abgeben, daß wir dringend wünschen, die Majorität dieses Hauses möchte heut Nein sagen. (Sehr wahr! links).

Ich stelle mich dabei, meine Herren, durchaus nicht auf den idealen Standpunkt, daß ich das Gute verwerfe, weil ich das Bessere wünsche. Ich weiß sehr wohl, daß es unmöglich ist, alle Wünsche und Hoffnungen auf einmal zu realisiren. Ich weiß sehr wohl, daß jede Verfassung auf dem Boden der Thatsachen beruhen und die historische Entwicklung des Volkes berücksichtigen muß. Es ist aber die Aufgabe der Verfassung, die guten Elemente zu sammeln und hervortreten zu lassen, die schlechten und krankhaften Elemente zu zerstreuen und in den Hintergrund zu schieben. Ich weiß sehr wohl: Jede Verfassung beruht mehr oder weniger auf einem Kompromiß. Auch diese Verfassung ist ein Kompromiß. Wo liegt aber hier der Kompromiß? Ist es denn etwa ein Kompromiß zwischen der Staatsregierung und den Volksrechten? Ist es ein Kompromiß zwischen der Macht des Staates, der an Absolutismus gewöhnten Regierung und dem Streben des Volks nach Freiheit? Nein, wenn es überhaupt ein Kompromiß ist, so ist es ein Kompromiß zwischen dem militärischen Despotismus der preußischen Regierung und den partikularistischen Bestrebungen der Kleinstaaten. Der Herr Ministerpräsident hat im Reichstag sehr richtig bemerkt, daß der Partikularismus der ärgste Feind der deutschen Einheit sei. Und nun müssen wir erleben, daß gerade diese Erbkrankheit, dieser Krebs der deutschen Geschichte in der Verfassung wieder gesammelt wird als Bundesrath. Ich sehe vor mir eine mitleidige Handbewegung, als ob der Bundesrath wenig oder gar nichts zu bedeuten habe, als ob Preußen durch seine Autorität denselben vollständig beherrschen werde, als ob durch die letzten Ereignisse den Einzelfürsten der Giftzahn ausgebrochen wäre, mit dem sie die nationalen Interessen der Deutschen so lange Zeit schwer geschädigt haben. M. H.! Ich beschwöre Sie, täuschen Sie sich ja nicht über die Bedeutung der Souveränetät. Es ist immer der Charakter der Souveränetät gewesen, sich möglichst abgeschlossen zu halten gegen ihre Umgebung und die eigene Existenz als das höchste und einzige Ziel ihrer Bestrebungen hinzustellen.

Meine Herren! Ich fürchte sehr, es könnten einmal die Tage kommen, wo die Einzelsouveräne ein Interesse daran haben, nicht mehr sich verpflichtet zu erachten zur Haltung der Verfassung, auf die ja Niemand verpflichtet ist, da sie ja im Wesentlichen nichts anderes ist als ein Traktat unter Fürsten. Die Verfassung ist gearbeitet nach der augenblicklichen vorübergehenden Stimmung, nach einer sehr gehobenen Stimmung, von der man glaubt, daß sie immer die zwingende Kraft ausüben werde, wie gegenwärtig. Die Verfassung scheint mir geschrieben lediglich mit Rücksicht auf die persönlichen Fähigkeiten des Mannes, auf den sie berechnet ist. Nun meine Herren, ich glaube, wenn dieser Mann einmal seine Memoiren schreibt, so wird ein sehr starkes Kapitel derselben die Ueberschrift führen: „Fürstliche Vetterschaft". Und ich bitte Sie, auch in diesem Augenblick die Bedeutung dieses Moments nicht zu unterschätzen. Ich glaube jedoch nicht, daß hier eine psychologische Kalkulation nothwendig ist; in der Verfassung selbst finden wir das äußere Maß dafür. Dieses Maß liegt in den Militäreinrichtungen. Es ist gesagt worden: der Partikularismus muß beitragen zur Erleichterung der auf uns ruhenden Lasten. Der Partikularismus hat zugestimmt, obgleich er selbst darunter leidet. Was hat der Partikularismus aber zum Ersatz dafür bekommen? M. H. Der Reichsverfassung von 1849 ist öfter der Vorwurf gemacht worden, daß die Militäreinrichtungen nicht stramm, nicht einheitlich genug wären. In der neuen Verfassung haben wir nun allerdings ein einheitliches Kommando, ein einheitliches Reglement. Aber die Einzelstaaten sind doch bei der Zusammensetzung und Verwaltung der Armee noch in hohem Grade selbstständig geblieben. Oder glauben Sie denn nicht, daß jene hannöverschen Offiziere, die nicht in preußische Dienste eintreten wollten, aber in sächsische traten, glauben, dort eben so gut preußisch zu sein? Es ist klar der Partikularismus hat einen bedeutenden Einfluß auf die Militäreinrichtungen. Wenn Sie nun sehen, daß wir mit unseren Rechten gegen den militärischen Absolutismus in der Verfassung fast vollständig verschwinden, so müssen Sie zugestehen, daß der Partikularismus sehr einflußreich geblieben ist.

Es ist nun gesagt worden: es sei ein großer Vorzug, daß wir ein Einkammersystem bekommen. Nun, meine Herren, ich dächte der Bundesrath erfüllte alle Funktionen des Oberhauses, und noch mehr. Für mich ist es einer der entscheidenden Gründe, gegen die Verfassung zu stimmen, da ich sehe, daß es ihr an der Entwickelungsfähigkeit fehlt. Ich bin nicht im Stande, das aus der Verfassung herauszulesen, wie einige Vorredner, daß sich aus diesem Kern ein ganzes einiges Deutschland entwickeln könne. Schon das Stimmverhältniß im Bundesrath scheint mir ein Hinderniß zu sein. Jetzt ist es doch bekanntlich so, daß keine Verfassungsänderung ohne die Zustimmung Preußens durchgesetzt werden kann und wohl überhaupt kaum die Stimmenmehrheit gegen Preußen ausfallen wird. Sobald nun neue Staaten eintreten wollen, wird das Stimmenverhältniß geändert werden müssen; es ist dies eine Verfassungsänderung, wozu ⅔ Majorität, also die Zustimmung Preußens erforderlich ist. Preußen wird aber an einer solchen Aenderung nur Interesse haben, wenn es in den wahren Konstitutionalismus, in eine verantwortliche Regierung eintreten wollte, um dadurch dem Partikularismus gegenüber zu treten und ihn jeden Anspruchs an der Mitregierung zu berauben. Die kleinen Staaten aber werden gar kein Interesse haben, eine Aenderung eintreten zu lassen. Es wird also nichts zu Stande kommen. Einer wird dann immer die Schuld auf den andern schieben, zumal der Bundesrath keine öffentlichen Verhandlungen kennt. So lange also in Preußen die Leidenschaft prädominirt, das Militärwesen von aller Kontrolle

der Volksrepräsentation zu befreien, ist für Preußen kein dringender Grund zur Zustimmung vorhanden. — Man sagt nun: Mit Rücksicht auf die äußere Verwickelung, auf den drohenden Krieg, muß eine Verfassung zu Stande kommen, wenn sie auch noch so mangelhaft ist. Nun, meine Herren, glauben Sie denn etwa, daß die Fürsten sich darum länger an den Traktat gebunden halten werden, weil noch ein Parlament daneben besteht? Glauben Sie nicht, daß es unter den Fürsten einzelne geben kann, welche trotzdem mit anderen Mächten Verhandlungen außerhalb Preußens führen können? Man müßte die deutsche Fürstengeschichte nicht kennen, wenn man über diesem Gefühl die Augen verschließen könnte. (Große Bewegung.) Vor 18 Jahren, meine Herren, hörte man vielfach die Ansicht aussprechen: „Beruft ein Parlament; das wird schon Alles in Ordnung bringen". Ich war damals zwar nicht absolut gläubig, hatte doch aber keinen Grund, es zu bezweifeln. Nach den Erfahrungen jedoch, die ich gemacht, wie nichtig die öffentliche Meinung ohne eine reale Macht ist, ist dies nicht mehr meine Ueberzeugung. Ich habe deshalb meine Freunde in den letzten Jahren oft gewarnt, nicht zu viel auf ein Parlament zu bauen, wenn nicht eine vom Volkswillen kontrolirte Regierung daneben steht; sonst würden wir mit diesem Parlamente schlechter stehen, als vorher.

Und nun verlangt man von uns, daß wir in Deutschland, wo so schwer Formen gewonnen werden für eine verfassungsmäßige Regierung, so leicht über die Verfassung hinweggehen? Wenn Sie m. H., jetzt das Werk so annehmen, so schließen Sie eine ganze Epoche ab; Sie schließen ab die Epoche der Reformbestrebungen. Nehmen Sie diese Form an, in der der Volkswille gar nicht zur Geltung kommt, wo die Einzelfürsten eine so machtvolle Stellung haben, wo der Militärabsolutismus, an dem die Wirksamkeit unserer eigenen Verfassung zerschellt ist, so eigenmächtig hingestellt ist, so beseitigen Sie die Möglichkeit einer Reform-Entwickelung in der großartigsten Weise. An der Stelle der Reformbewegung wird dann treten eine andere Strömung, die über die Reformbewegung hinweggehen wird, die revolutionäre Bewegung. (Große Bewegung.) Wenn Sie (nach rechts gewandt) Augen und Ohren hätten für die Zeichen der Zeit, so würden Sie dies schon jetzt wahrnehmen. Dies soll, meine Herren, von meiner Seite weder eine Drohung, noch eine Hoffnung sein. Denn, wer, wie ich, schon 2 Mal einen so großen Wechselfall erlebt hat, bei dem ist es nach menschlicher Voraussicht nicht wahrscheinlich, daß er auch noch einen dritten erleben wird; denn die menschlichen Dinge entwickeln sich sehr langsam. Mit Annahme dieser Verfassung, m. H., kontrahiren Sie heute eine Schuld, welche die spätere Zeit schwer zu zahlen haben wird; Sie thun dies dadurch, daß Sie die natürliche Reformbewegung abschließen. Wenn ich für diese Verfassung stimmen wollte, so könnte ich dies nur als Pessimist thun; ich bin aber nie Pessimist gewesen und werde mich auch nie dem Pessimismus ergeben; deshalb stimme ich gegen die Verfassung. (Lebhafter Beifall links).

Abg. Lasker: Meine Herren! Ich hoffe, daß die Zeit nicht fern sein wird, wo diejenigen, die jetzt in so scharfer Opposition zu dieser Verfassung sich befinden, sich bekehren und auf den durch dieselbe geschaffenen Boden stellen werden. Auch die Reichsverfassung von 1849, auch die preußische oktroyirte Verfassung wurden damals von der äußersten Linken für den Ruin der Volksrechte erklärt; lieber gar keine Verfassung, hieß es, als diese, mit diesen Verfassungen wird die Freiheit zu Grabe getragen. Meine Herren, die damals so sprachen, das waren dieselben Herren, die auch heute in dieser Verfassung den Ruin aller Volksrechte erblicken (Bravo! rechts). Ich hoffe, es wird ihnen mit dieser Verfassung ebenso gehen, wie mit jener, die sie heute vertheidigen; sie werden in ganz kurzer Zeit eingestehen; es sei möglich, auch auf dem durch diese Verfassung eingeräumten Platze zugleich für die Freiheit und die deutsche Einheit zu kämpfen. Ich habe dieser Debatte die Bedeutung zugeschrieben, daß die Ansichten über die Verfassung geklärt werden sollen, das ist auch zum Theil erreicht, trotz der vielen Angriffe, die ohne Grund auf sie gemacht worden sind. Der Abg. Dr. Löwe hat als den schwächsten Punkt der Verfassung so eben den Bundesrath bezeichnet, und die Schwäche Preußens dem Partikularismus gegenüber. Es ist sehr erfreulich, meine Herren, daß die Minderheit, die gegen die Verfassung stimmen wird, dies thun wird aus vielen und besonderen Gründen, daß nicht ein für alle gleich wichtiges Motiv vorhanden ist, sondern daß jeder seine besonderen Gründe hat. So hat uns das geistliche Mitglied für Allenstein gestern auseinandergesetzt, nur die verweigerten Diäten seien es, die ihn dazu bewegen, gegen die Verfassung zu stimmen; sonst könnte darin stehen, was da wolle. Dem geistlichen Herrn Abgeordneten wurde Anfangs Beifall von jener Seite (der linken); derselbe verstummte aber, sobald sich aus dem Berge der großen Bedenken die kleine Maus seiner individuellen Ansicht über die Diätenfrage entwickelte. Der geistliche Herr Abgeordnete hat unter Anderem in seinen frommen Betrachtungen auch erklärt, weil wir verschiedener Ansicht als er über die Diätenfrage sind, so sei auf uns kein Verlaß mehr (Hört! Hört!) Von anderer Seite wieder wird uns als größter Fehler der Verfassung der Mangel der Grundrechte genannt, wenn nur die Grundrechte darin wären, dann könnte sogar auch das Normalbudget darin enthalten sein. Andere legen auf die schlechte Ordnung des Budgets, noch andere auf die Ministerverantwortlichkeit das Hauptgewicht.

Meine Herren, es ist gut, die Verfassung von allen Seiten zu beleuchten, auch gut, ihre Mängel hervorzuheben, aber es ist nicht gut, ihre Mängel zu übertreiben, denn es ist der Rechtsboden, auf dem wir künftig stehen werden. Es ist nicht gut, wenn man uns hier von liberaler Seite mit Interpretationen derselben kommt, die den berüchtigten Interpretationen von der Lückentheorie um keine Hand breit nachstehen. Ich sehe schon im Geiste die Herren Wagener und Blanckenburg in einem künftigen Reichstage dastehen, und die Reden der Herren Virchow und Waldeck in der Hand uns über den wahren Sinn verschiedener Verfassungsartikel aufklären (große Heiterkeit). Der Abg. Waldeck meinte, es habe drei Wege gegeben, ein einheitliches Band für die Norddeutschen Staaten zu konstituiren, entweder der Abschluß von Militärverträgen, oder der Weg, daß man die Abgeordneten der anderen Staaten auch hierher in den preußischen Landtag schickte, oder endlich der Bundesstaat. Ich verstehe es nun durchaus nicht, wie man Militärverträgen den Vorzug geben kann vor einer Verfassung. Mein Freund, der Abg. Dr. Löwe, hat ausgeführt, daß die deutschen Fürsten zur Zeit der Noth sich von der Verfassung los machen würden. Ja, meine Herren, bei Militärverträgen, bei bloßen Verträgen ist das allerdings möglich, aber der Bruch einer Verfassung ist Hochverrath (Bravo! rechts) und das ist in der Verfassung auch so bezeichnet, und ich glaube nicht, daß irgend einer der Fürsten sich desselben schuldig machen wird, trotz der schönen Theorie des Abg. Virchow, daß, weil diese Verfassung nicht beschworen wird, auch Niemand gebunden sei, dieselbe zu halten, trotz dieser aus dem Mittelalter stammenden Theorie (Heiterkeit rechts). Ich verwerfe ganz und gar diese Ansicht, daß eine Verfassung um deswillen gebrochen werden kann, weil kein Eid auf dieselbe geleistet sei. Und wenn es doch vorkommen sollte in einem Territorium, nun, dann wird es keinen Krieg mehr und keine Friedensverträge mehr geben, sondern einen Hochverrathsprozeß (bravo rechts). Und der zweite Vorschlag, die Abgeordneten der andern Länder sollten hier mit uns tagen, reicht der denn aus? Müssen dann nicht auch in das Herrenhaus neue Vertreter gesandt werden, und müssen nicht auch die Regierungen sich daran betheiligen? Und dann weiß ich wirklich nicht, ob es besser ist, uns auf diese Weise vermittelst des Dreiklassen-Wahlsystems zu vermehren, als einen einzigen solchen Körper, der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen ist, zu besitzen.

Der dritte Weg, den Herr Waldeck angab, war der, daß man einen Bundesstaat machen solle. Aber das haben wir ja gethan. Wie stellen Sie sich vor, daß das in anderer Weise hätte geschehen sollen? Glauben Sie denn im Ernst oder muthen Sie uns zu, im Ernst zu glauben, daß ein Staatenhaus, wie es die Reichsverfassung von 1849 aufstellt, gewählt von der Majorität beider vereinigten Kammern der Einzel-Landtage, daß ein solches Staatenhaus die Sache der Freiheit besser wahren wird? Denken Sie sich doch diese rechte Seite des Hauses hier vereint mit dem Herrenhause, und das Resultat ist klar. (Heiterkeit rechts.) Wozu denn dies Mittelglied eines Staatenhauses zwischen Regierungen und Volk? Meine Herren! Ich selber habe zu denjenigen Mitgliedern des Reichstages gehört, die für viele Bestimmungen auf das Eifrigste eingetreten sind, die leider nicht die Majorität des Hauses erlangten, ich habe zu denen gehört, die auf sogenannte Kabinetsfragen keine Rücksicht genommen. Aber jetzt muß mit Thatsachen gerechnet werden, auch mit der bestimmenden Mehrheit. Wir müssen jetzt etwas zu Stande bringen. Die Zukunft gehört uns doch, die Zukunft wird uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es ist gesagt worden, der ursprüngliche Verfassungsentwurf sei durch unsere sogenannten Verbesserungen nur verschlechtert worden. Meine Herren! Ich will diese Verbesserungen, die zum Theil sehr erheblich sind, nicht im Einzelnen aufzählen, zum Theil Verbesserungen, die allein es uns möglich gemacht haben, die Verfassung schließlich anzunehmen. Auch das gereicht der Verfassung zur Empfehlung, daß eine so überwiegende Majorität, und in dieser so viele liberale Männer sich ihr anschließen und ihr damit den Stempel der Weihe aufdrücken konnten. Es giebt, meine Herren, im politischen Leben zuweilen Rückströmungen, zuweilen Zeiten der liberalen Entwickelung, und daß so eine die heutige Zeit ist, daß wir hier in eine Aera der Reform und des Vorwärtsschreitens hineinarbeiten, darüber habe ich nicht den geringsten Zweifel. Aber darum ist es auch dienlich, daß man über diese Verfassung, die Basis der künftigen Entwickelung, die volle Wahrheit sage, daß man nicht fortwährend so unendlich schwarz malt, als ob es nicht möglich sei, irgend einen hellen Ton darin zu finden. M. H.! mir gefällt die Verantwortlichkeit, wie sie in dieser Verfassung ausgesprochen ist, auch nicht. Aber der Unterschied, der uns gestern auseinandergesetzt wurde zwischen ihr und der preußischen Verfassung, daß die letztere die Verantwortlichkeit wenigstens im Principe, die Bundesverfassung aber gar nicht enthalte, dieser Unterschied existirt nicht. Sie existirt in beiden nur im Principe und ebenso besteht schon jetzt in beiden die volle civilrechtliche Verantwortlichkeit. Was die kriminalrechtliche Verantwortlichkeit angeht, so hat gestern der Abg. Schulze-Delitzsch richtig hervorgehoben, daß dabei fünf Momente in Betracht kommen, wer verantwortlich ist, wer diese Verantwortlichkeit geltend zu machen hat, wofür, vor welchem Gerichte, in welcher Weise. Verantwortlich nun nach der Bundesverfassung ist der Bundeskanzler. Das „Wofür"? ist nach der preußischen Verfassung nur Verfassungsverletzung, Bestechung und Hochverrath, während nach der Bundesverfassung jede Regierungshandlung es ist. Wer die Verantwortlichkeit geltend zu machen hat, ist in keinen von beiden Verfassungen bestimmt. Was das „Von wem?" anbelangt, so verschweigen Sie sich doch nicht, m. H., daß Sie die betreffenden Worte der preußischen Verfassung nicht würden in die Bundesverfassung aufgenommen, daß Sie das Obertribunal nicht zum kompetenten Gericht darüber würden gewünscht haben. In welcher Weise endlich solche Anklagen verhandelt werden sollen, ist auch in der preußischen Verfassung nicht ausgesprochen; es wird nur auf ein Gesetz verwiesen. Es steht also Alles völlig gleich in beiden Verfassungen, sollte einer von beiden der Vorzug gegeben werden müssen, so würde es wohl die Bundesverfassung sein. Wissen Sie, m. H., warum wir Widerstand geleistet haben gegen den Artikel 17 derselben? Lediglich, weil wir uns sagten, der Bundeskanzler als einzelner Mann könne nicht die Verantwortlichkeit übernehmen für Alles, und wir verlangten daher verantwortliche Vorsteher der einzelnen Verwaltungszweige. Der Herr Graf Bismarck antwortete uns, ich will keine selbstständigen Verwaltungschefs haben, ich will Alles allein besorgen und allein die Verantwortlichkeit übernehmen. Die Verwaltungschefs sollen nichts sein, als seine Kommis. (Heiterkeit rechts.)

M. H., es ist mir unmöglich, alle die Vorwürfe einzeln durchzugehen, welche in gleich unbegründeter Weise wie in Bezug auf die Verantwortlichkeit gegen viele andere Punkte der Verfassung vorgeführt sind. Ich will bei dem Budgetrecht bleiben. Da glaube ich denn, es wird nicht lange dauern, und man wird allgemein dies Budgetrecht für weit besser halten, als wir es je in Preußen besessen haben. Es wird immer behauptet, der Präsenzstand der Armee sei in alle Ewigkeit hin auf 300,000 Mann festgestellt. Es hilft nichts, daß wir das bestreiten, daß wir in Wirklichkeit gerade das Gegentheil davon beschlossen haben, die Herren bleiben doch bei ihrer Behauptung (Heiterkeit rechts). So etwas, m. H., läßt sich gar nicht mehr widerlegen, da muß man einfach „Ja" gegen „Ja" und „Nein" gegen „Nein" setzen, und die Herren nur bitten, sie möchten die Verfassung doch einmal lesen (Heiterkeit rechts). Das Amendement Ujest-Bennigsen hat nur mit dem Geld, gar nicht mit den Mannschaften zu thun. Es steht allerdings darin, daß die Gelder fortgezahlt werden müssen in die Bundeskasse. Der Abg. Virchow bedauert, daß über dies Amendement keine Aufklärung durch die Debatte stattgefunden habe. Der Herr Abgeordnete hat wahrscheinlich in die betreffenden Verhandlungen noch nicht Einsicht nehmen können, ich habe aber heute ein Exemplar des Berichts mitgebracht und will es ihm nachher zur Information übergeben. (Heiterkeit rechts). — Redner rekapitulirt nun die Auslassungen des Abg. v. Vincke (Hagen) und v. Blanckenburg, so wie seine eigenen über das betreffende Amendement in der damaligen Reichstagssitzung. — Der Herr Ministerpräsident erhob allerdings nur geringen Widerspruch gegen dasselbe, aber wohl nur, weil er fürchtete, daß dann in der That eine große Anzahl von liberalen Mitgliedern gegen die ganze Verfassung stimmen würde. Eine höhere aber und die beste Autorität für die Wichtigkeit dieses Amendements ist die Thronrede Sr. Majestät des Königs, welche es anerkennt, daß jeder Titel der Rechte des preußischen Volkes, also auch die Ausgabebewilligung des Militärbudgets in der Bundesverfassung gewahrt, daß auch dies Recht aufrecht erhalten sei. Lesen Sie doch nur den Wortlaut des betreffenden Passus. Es heißt da: „Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden" — ganz wie im preußischen Staat, wo auch die Einnahmen stets fortgezahlt werden müssen; nun heißt es weiter: „Zur Berechnung derselben wird die im Artikel 60 interimistisch festgestellte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist." Also nur die Berechnung, das Kalkulatorische ist hier verstanden. Man macht ein Kind stutzig, wenn man es fragt: „Wie viel macht 4 Aepfel mal 5 Birnen?" Wenn es aber ein kluges Kind ist, so wird es sagen: „4 Aepfel kann ich nur mit 5, nicht aber mit 5 Birnen multipliciren." Ebenso darf man hier nicht 225 Thlr. mit 300,000 Mann multipliciren. „Dieselbe Friedenspräsenzstärke dauert doch auch nach 1871 fort," deduziren jene Herren. Nein, nur diese Beiträge fließen auch nach 1871 fort (Heiterkeit rechts). Die Präsenzstärke wird durch ein Bundesgesetz festgestellt. Dies ist ja der Grund, warum Hr. v. Vincke und Hr. v. Blanckenburg so eifrig sich dagegen aussprachen. Das ist ja, sagten sie, wieder der Weg zu dem alten Konflikte! Also beruhigen Sie sich, meine Herren! Es ist Alles aufrecht erhalten, es ist die Möglichkeit eines Konfliktes gewahrt! (Stürmische Heiterkeit rechts.) Der Gipfelpunkt aber, meine Herren, aller Interpretationen war die von dem Abg. Virchow gestern gegebene. Dieselbe bedarf keiner ernstlichen Widerlegung. Nur aus seinem Tone ist mir klar geworden, daß er in der That diese Meinung hat (Heiterkeit rechts), daß er wirklich der Ansicht ist, es müßten nach der Verfassung eingezahlt werden nicht nur diese $67\frac{1}{2}$ Millionen, sondern außerdem noch die aus den Zöllen, Verbrauchssteuern u. s. w. fließenden 50 Millionen, daß also jährlich $117\frac{1}{2}$ Millionen eingezahlt werden müssen, obwohl oft genug berechnet worden ist, daß nur ca. $72\frac{1}{2}$ Millionen nöthig sein würden. Aber außerdem steht auch das volle Gegentheil davon in der Verfassung. Es heißt ja ausdrücklich im Art. 70: „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern u. aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Bundessteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch das Präsidium ausgeschrieben werden." Und wenn auch wirklich des Abg. Virchow Ansicht richtig wäre, so hätte der Finanzminister nicht einmal den Vortheil davon; er müßte ja nach eben diesem Artikel Alles, was er von den großen Einnahmen nicht hat verwenden können, im nächsten Jahre als Ueberschüsse des Vorjahres auf den Etat bringen. Freilich, was bei einer solchen Finanzwirthschaft werden sollte, weiß ich nicht. Ich denke aber, der Herr Abgeordnete wird sich jetzt wohl beruhigen, namentlich wenn der Herr Finanzminister die Güte haben wollte, anzudeuten, daß dies nicht so gemeint ist. Daß dies nicht so gemeint sein kann, weiß ich sowohl aus dem Worte der betreffenden Artikel, wie aus dem Sinne jeder vernünftigen Finanzgesetzgebung. Der Herr Abg. Virchow hat ferner berechnet, das preußische Abgeordnetenhaus würde sich künftig nur mit ca. $31\frac{1}{2}$ Millionen zu beschäftigen haben. Außerdem aber, daß er hier den vorigen Fehler natürlich wiederholt, hat er noch merkwürdiger Weise einen Umstand vergessen, den er wohl in der Lage gewesen wäre, mit in Rechnung zu ziehen. (Heiterkeit rechts.) Mit Hinzutritt der neuen Provinzen werden nämlich mindestens 26 Millionen dazu kommen, und so würde auch nach seiner Berechnung das preußische Abgeordnetenhaus nicht $31\frac{1}{2}$, sondern 57 oder 58, in Wahrheit aber über 70 Millionen zur Disposition haben. M. H.! Daß über solche Dinge eine Aufklärung im Landtage nothwendig sein werde, darauf hatte ich allerdings nicht gerechnet. (Bravo rechts!)

Zum Schluß, m. H., noch ein einziges Wort! Der Streit innerhalb der liberalen Partei ist nicht vom heutigen Datum. Schon als es sich um Schleswig Holstein handelte, befanden sich die meisten von uns, welche jetzt zur national-liberalen Partei gehören, im Gegensatz zu denen, die den Augustenburger und das Festhalten am Bundesstaat betonten. Damals brachten der Abg. Michaelis und ich einen Antrag ein, der die Regierung aufforderte, an den Februarbedingungen festzuhalten. Ich wurde von vielen Parteigenossen deswegen angegriffen. Der Herr Ministerpräsident erklärte, der Antrag sei ihm annehmbar. In Folge dieser Erklärung fragte mich ein Mitglied der liberalen Partei: „Wollen Sie jetzt noch für diesen Antrag stimmen?" (Aha! Aha! rechts. Unruhe links.) Ich habe geantwortet: das ist keine Ministerfrage, das ist eine Frage, die den preußischen Staat angeht, und da werde ich stimmen nach meiner Ueberzeugung, ob mit oder gegen den Willen des Ministers! Dieser Antrag, sagte ich damals zum Abg. Michaelis, wird uns ein Zeugniß sein für die Zukunft. Meine Herren! Ich berufe mich jetzt auf dies Zeugniß. Ich konnte, da das Vaterland bedroht war, nicht sagen, wie Manche meiner damaligen Parteigenossen: „Was kümmern mich die Verlegenheiten dieser Regierung?" (Rechts: Aha! Bravo und Heiterkeit, Unruhe links). Wo es sich um die Zukunft des Vaterlandes handelt, werde ich immer auf der Seite stehen, welche nach meiner Ueberzeugung am Besten die Interessen desselben fördert. Und selbst wenn der Strom der Gegenwart gegen uns gehen sollte, die Zukunft wird gerechter richten! (Lebhafter Beifall rechts und von den National-Liberalen. Zischen links.)

Ministerpräsident Graf Bismarck: Auf ausdrücklichen Wunsch des Hrn Vorredners beehre ich mich im Namen der Regierung zu erklären, daß es niemals die Absicht gewesen ist und hat sein können, die Finanzwirthschaft des Norddeutschen Bundes so aufzufassen, als ob kumulativ neben den Steuern, die wir einnehmen für die Reichskasse, noch außerdem 225 Thlr für jeden Kopf der gesetzmäßigen Ziffer des Heeres zu zahlen, sondern daß nur der Betrag der erforderlichen Ausgaben, der so nicht gedeckt wird, durch Matrikularumlage zu bestreiten sei. Wenn ich nicht gleich gestern diese Erklärung abgegeben, so hatte das den Grund darin, daß ich mich nicht zu dem Glauben hatte erheben können, daß der Abg. Virchow im Ernst gesprochen hätte.

Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Die Leute, welche voraussichtlich Mitglieder des Bundesraths werden werden, haben einerseits die Funktionen einer ersten Kammer, andererseits sind sie zugleich Verwaltungschefs. Stellen Sie sich vor, daß unser Herrenhaus zur Regierung und zwar zur unverantwortlichen Regierung des Landes berufen würde, und Sie werden ein Bild des künftigen Bundesrathes haben. Die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers, überhaupt nur ein Schein, wird außerdem noch dadurch ganz illusorisch gemacht, daß derselbe nur die Befehle des unverantwortlichen Bundesfeldherrn und des unverantwortlichen Bundesrathes auszuführen hat. Auch in Preußen waren die Bestimmungen hierüber mangelhaft, aber es waren doch wenigstens die Keime zu einer genügenden Verantwortlichkeit da. Statt dieselben weiter zu entwickeln, haben Sie dieselben ganz getödtet. — Alle Vortheile des allgemeinen, direkten Wahlrechts werden durch die Beschränkung des passiven Wahlrechts aufgehoben, und so das ganze Resultat gefälscht. Wenn außerdem die Regierung bei den Wahlen immer so verfährt wie bei den Wahlen zum letzten Reichstage, so kann von geheimer Abstimmung gar nicht die Rede sein. Der gewöhnliche Mann, der von seinem Vorgesetzten gefragt wird, wen er gewählt habe, hält sich für verpflichtet Auskunft zu geben. Freilich wenn man sieht, in welche ganz anderen Kreise die Machtanbetung sich versteigt, so kann man das solchen Männern nicht übel nehmen. (Sehr gut!) — Zu tadeln ist ferner, daß das Bundeseinkommen hauptsächlich auf die Zölle basirt ist, die doch immer mehr zu beschränken die Tendenz jeder gesunden Volkswirthschaft sein muß, hier wird immer das Streben herrschen, dieselben so hoch wie möglich anzusetzen, um die Matrikularumlagen unnöthig zu machen. Ein gleicher Vorwurf trifft die Salzsteuer. — Redner geht nun auf die Bundeskriegsverfassung ein, die für ihn der Hauptgrund sei die ganze Verfassung abzulehnen. Sie schwäche die Vertheidigungskraft des Landes, die man bei zweijähriger Dienstzeit sehr wohl noch erhöhen könne, während die jetzige Präsenzstärke den Frieden gefährde.

Ein von drei Seiten eingebrachter Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wird fast einstimmig angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Michelis (Allenstein): Ich habe den Abg. Reichensperger citirt, nicht als ob ich die Integrität seines Gewissens anzweifelte, sondern weil ich trotz „meines philosophischen Scharfsinnes" keine bessere Motivirung meines Votums finden konnte, als sie mir sein Vortrag im Reichstage bot. Einige Bemerkungen habe ich noch gegen den jüdischen Abgeordneten für Berlin zu machen. (Heftige Unterbrechung. Präsident v. Forckenbeck: Diese Bezeichnung eines Abgeordneten als eines jüdischen finde ich nicht parlamentarisch.) Ich habe sie nur gewählt, weil der Herr Abgeordnete mich als geistlichen Abgeordneten bezeichnet hat. (Präsident v. Forckenbeck: Etwas Anderes ist es, den Stand, etwas Anderes die Religion eines Abgeordneten zu bezeichnen. Darum habe ich den Herrn Redner korrigirt, aber nicht den Herrn Abg. Lasker). Es ist ein Zusatz des Herrn Abg. Lasker, wenn er mich sagen läßt, nur die Streichung der Diäten bestimme mein negatives Votum. Ich habe diese Bestimmung nur hervorgehoben, um an ihr die Hartnäckigkeit der Regierung nachzuweisen. Was die Gesinnung der drei von mir erwähnten Abgeordneten betrifft, so habe ich sie nicht denuncirt, sondern nur konstatirt, was das ganze Publikum weiß und wovon sie bereits deutliche Beweise erhalten haben. Eine „fromme" Bemerkung war das nicht, sollte es auch durchaus nicht sein. Es war nichts Frommes darin. Solche Ausdrücke sind nur auf die Unkunde des Publikums berechnet. (Der Rest der Worte geht in dem allgemeinen Lärm unter).

Abg. v. Vincke (Hagen) weist gegen Lasker nach, daß er sich mit ihm und der liberalen Partei trotz seiner Kritik des Ujest'schen Amendements im Reichstage in Bezug auf die Budgetfrage durchaus in Uebereinstimmung befinde.

Abg. v. Blanckenburg erklärt in einer Entgegnung freundlicher, nicht aggressiver Natur gegen den Abg. Lasker sein Verhalten zu dem Amendement Ujest-Bennigsen. Er habe im Reichstage gegen dasselbe gestimmt, um dem künftigen Reichstag die Wiederkehr eines Militärkonfliktes zu ersparen, an dem er sich die Hände blutig reißen würde, auf die Gefahr hin, daß die Annahme der Verfassung durch Verwerfung des Amendements in Frage gestellt werde. Nachdem das aber nicht geschehen, sei er sehr wohl in der Lage gewesen, für die Verfassung trotz Annahme des Amendements Ujest zu stimmen.

Abg. Lasker gegen Michelis: Die Bezeichnung „fromme" Bemerkung sollte allerdings den Gegensatz dazu ausdrücken. Es ist nichts Geringes, wenn in einer öffentlichen Versammlung Jemandem der Vorwurf gemacht wird, daß er nicht nur seine Gesinnung wechsele, sondern sogar, daß kein Verlaß auf ihn sei, und das leider unter dem Beifall einiger Mitglieder. Der Herr Abgeordnete hat Recht, wenn er heute sagt, die Bemerkung sei keine fromme gewesen. — Auf ein Privatgespräch wäre ich nicht zurückgekommen, wenn nicht ein hervorragender Redner auf der Tribüne denselben Grund als einen politischen geltend gemacht hätte. — Ich darf also annehmen, daß dies nicht seine Privatansicht ist und daß ich durchaus nicht die Diskretion verletze, wenn ich erzähle, daß mehrere politische Genossen denselben Grund geltend gamacht haben. Aber nichts lag mir ferner als das Motiv lächerlich zu machen. Wenn die Dinge durch sich selbst ab und zu lächerlich werden, so ist es nicht meine Schuld. Ich wollte nur illustriren, wie schwer es ist auf seiner politischen Meinung zu verharren, wenn man in seinen engsten Kreisen Vorwürfe und Gegenvorstellungen dieser Art zu erdulden hat, eine Lage, in der ich mich mit vielen meiner politischen Freunde befinde, in der bei jeder Aeußerung von liberaler Seite gegen uns der Regel nach in meiner Nähe ein Beifall zu entstehen pflegt.

Nach einer Bemerkung Reichensperger's gegen v. Hoverbeck erhält das Wort der Berichterstatter Abg. Twesten: Ich hoffe, m. H., daß es nicht gelingen wird, die Verfassung des Norddeutschen Bundes zum Gegenstand der Geringschätzung und des Hasses im Volke zu machen, durch unwahre Behauptungen, die durch die Schroffheit ihrer Aufstellung nicht wahr werden. Der Abg. Schulze hat mir einen durch Leidenschaftlichkeit getrübten Blick vorgeworfen; ich darf diesen Vorwurf wohl aber denen zurückgeben, die ihr Leben nicht als Beobachter, sondern als thätige Mitarbeiter an dem Einheitswerk verbracht haben und sich jetzt weigern, die mißlungenen Versuche wieder aufzunehmen. Die Majorität des Volkes ist nicht gegen diese Verfassung. Zwar liegen einige gleichlautende Petitionen vor, welche das preußische Abgeordnetenhaus auffordern, das beschworene Verfassungsrecht des Landes zu wahren und nach einer Zeitungsnotiz von einem hervorragenden Mitgliede dieses Hauses verfaßt sein sollen, das es in der Regel verschmäht, seine Behauptungen durch Gründe zu motiviren, oder den Thatsachen Rechnung zu tragen. Diese Petitionen sind in Elbing mit 69 Unterschriften versehen, in Marienburg mit 29, in Königsberg mit 111, in Breslau mit 134, in den Kreisen Rastenburg und Gerdauen mit 77, im Kreise Fischhausen mit 15 Unterschriften. Ich gebe zu, daß sich diese geringe Zahl bei einiger Anstregung gewiß vermehren ließe (Heiterkeit), bemerke aber, daß die genannten Städte mit Ausnahme Breslau's sämmtlich konservative Abgeordnete zum Reichstage gewählt haben, daß es also Minoritätsgutachten sind. Der Abg. Waldeck hat erklärt, das preußische Volk wolle sich durch die Beschlüsse des Reichstags nicht binden lassen und habe in seiner Majorität für die Verfassung des Bundes keine Sympathien. M. H., der Reichstag hat die Verfassung angenommen mit 230 gegen 53 Stimmen, unter diesen 53 waren 14 Nichtpreußen und 10 aus den neuen preußischen Provinzen. Die Abstimmung der meisten unter ihnen war mindestens nicht ausschließlich durch liberale Erwägungen bestimmt. Aus den alten preußischen Provinzen haben sich 29 gegen die Verfassung erklärt, darunter 11 Polen, die unsere Kompetenz bestreiten, polnische Landestheile einem Norddeutschen Bunde einzuverleiben. Von den übrigen 18 gehören 10 dem Rheinland und Westphalen an, den übrigen Provinzen nur 8, darunter wiederum 5 der Stadt Berlin, sämmtlichen übrigen östlichen Provinzen nur 3, sage drei Mitglieder. (Hört!) Es ist unrichtig, wenn man sagt, daß Herr v. Hoverbeck einen Platz im Parlament gefunden hätte, wäre der Verfassungsentwurf früher bekannt gewesen. Gerade die Bestimmungen desselben, die hier im Hause gegen die Annahme ins Feld geführt werden, waren ganz genau schon zur Zeit der Wahlen bekannt. Mit Recht sagte der Abgeordnete Schulze, daß jeder Wähler im Voraus wußte, was er und seine Freunde wollten. Die Wähler wußten, daß Schulze, Waldeck, Duncker und Andere gegen die Verfassung stimmen würden, daß eine nicht geringe Zahl hervorragender Männer von dem Charakter und der Bedeutung Schulze's und Waldeck's nicht weil, sondern obgleich sie ge-

gen die Verfassung stimmen würden, gewählt hat. Die Gewählten haben aber nicht blos der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, sondern auch sie zu leiten und zu beeinflussen. — Der Referent geht nunmehr auf die Einwendungen gegen die Verfassung im Einzelnen ein und bemerkt u. A. gegen Löwe und Jacoby: der Süden wird durch die Verfassung nicht ausgeschlossen. Alle Stimmen von dorther die nicht durch großdeutsche, östreichische oder ultramontane Sympathien geleitet werden, wollen sich der deutschen Einigung anschließen, mit oder unter der uns jetzt vorliegenden Verfassung. (Sehr richtig!) Nachdem die militärischen Bündnisse bekannt geworden, ist es unmöglich geworden, zu glauben, daß der Norddeutsche Bund eine Trennung von unseren süddeutschen Freunden sein könne, statt vielmehr der erste Schritt zur völligen Einigung. Diese Bündnisse und die prekäre Stellung des Zoll-Vereins machen dem Süden das Verharren in der Scheidung unmöglich, und die Schlußartikel der Verfassung regeln selbst die künftigen Beziehungen, den Eintritt des Südens, so daß die Aussichten zur vollständigen Einheit niemals größer waren, als gerade jetzt. — Der Abg. v. Hoverbeck giebt dem Bundesrath einen Antheil an der Regierung des Bundes, die doch thatsächlich der Krone Preußen gehört, und fragt, was werden würde, wenn das Herrenhaus mit in der Regierung Preußens säße. Der Bundeskanzler ist verantwortlich als Organ der Krone Preußen, nicht des Bundesrathes. Da die preußische Verfassung die volle entwickelte Verantwortlichkeit des Ministeriums nicht enthält, so ist Alles, was von ihrem Verzug in dieser Beziehung gegen die des Bundes gesagt worden ist, rein advokatisch. Auch in der letzteren ist die parlamentarische und die civilrechtliche Verantwortlichkeit gegeben, nicht blos die moralische, die irrthümlich als ein Kriterium des Absolutismus der juristischen gegenübergestellt wird. Denn auch im absoluten Staate kann sehr wohl die juristische Verantwortlichkeit vorhanden sein, wie die Einkerkerung und Hinrichtung von Ministern in absoluten Staaten beweist; die Frage ist nur: von wem die Minister gerichtet werden, ob blos von der Krone oder von der Vertretung. — Der Referent geht alsdann auf die Interpretation der das Heerwesen betreffenden Bestimmungen durch den Abg. Waldeck ein, die allen Absolutisten zur Freude gereichen müßten und auf die „unglaublichen Mißverständnisse des Abg. Virchow. Für den Unterschied zwischen dem Amendement Ujest und denen des Grafen Stolberg und v. Moltke spreche der Widerspruch der Rechten und des Grafen Bismarck, so mäßig der letztere gehalten gewesen sei. Die Präsenzstärke von 300,000 Mann sei nur bis Ende 1871 bewilligt, dauernd seien nur die Kadres, innerhalb deren nach 1871 sehr wohl eine geringere Friedensziffer mit einem geringeren Kostenaufwand bestehen könne. Der Bund habe keinen Kriegsschatz und keine Einnahmen, als die der Reichstag ihm bewillige. Der Kampf gegen die Reorganisation sei aufgegeben, das Haus selbst habe ihn durch Ertheilung der Indemnität und Bewilligung des Pauschquantums begraben und Niemand, weder im Hause noch im Volke, glaube ihn wieder aufnehmen zu können. Der Abgeordnete Jacoby habe gegen die Verfassung wie gegen die Resultate des letzten Krieges gestimmt. Immerhin mögen sich Einzelne gegen die Geschichte bei Seite stellen und sich auf die Entsagung gegenüber einer Regierung einschränken, die zu beseitigen sie nicht die Kraft haben. Ein Volk könne das nicht, es sei denn als Vorbereitung zur Revolution gleich der Windstille vor dem Orkan; eben so wenig ein Parlament, ohne sich aufzugeben. Die Schwierigkeit, die das Nebeneinanderstehen zweier Verfassungen vorläufig zur Folge hat, würde auch bestehen, wenn man die Reichsverfassung eingeführt hätte. Ihre Lösung so wie die Entwickelung der Bundesverfassung überhaupt gehöre der Zukunft und dem Volke an. Ihr mit der preußischen Verfassungsurkunde in der Hand entgegenzutreten, stehe der preußischen Vertretung schlechter an, als irgend einer Vertretung eines kleinen Staates. Das Amendement von Bockum-Dolffs (Einfügung von Lauenburg in die Verkündigungsformel) sei abzulehnen, da die Aufnahme Lauenburgs in die Monarchie leider trotz der Resolution des Hauses in seiner letzten Session noch nicht vollzogen sei. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen, die der letzte Vortrag hervorgerufen hat Abg. Waldeck geht mit Rücksicht darauf, daß er schwerlich mehr Gelegenheit haben wird, an den Berathungen des Hauses theilzunehmen, auf die Verfassungsfragen selbst ein. Abg. Dr. Jacoby verwahrt sich gegen den Vorwurf des Pessimismus. Er theile nicht den Optimismus des Referenten, aber wäre er Pessimist, so würde er für die Verfassung stimmen. Abg. Dr. Virchow weist darauf hin, daß die Verfassung in Bezug auf die Einnahmen und die Bedürfnisse des Bundes in ihren Bestimmungen, an die allein er sich halten könne, unklar und zweideutig sei. Er freue sich Anlaß zur Aufklärung gegeben zu haben, obwohl die wahre Beseitigung berechtigter Zweifel nicht durch die Erklärung eines Ministers, sondern durch klare Verfassungsbestimmungen bewirkt werde. Referent Abg. Twesten bestätigt, was er in Bezug auf Waldeck's Wahl gesagt, aus eigener Kenntniß des Wahlbezirks; er selbst habe ihn gewählt, nicht weil, sondern obgleich er gegen die Verfassung stimmen würde.

Der Präsident geht nunmehr zur Spezialdiskussion der einzelnen Verfassungsartikel über. Zu Art. 1 verlangt Niemand das Wort und er wird mit überwiegender Mehrheit angenommen, so daß der Präsident die übrigen Artikel bis 70 nur nach der Ziffer aufzählt und bei jedem dieselbe Annahme als selbstverständlich annimmt. Angenommen wird ferner die Ueberschrift und die Verkündigungsformel nach Ablehnung des Amendements v. Bockum-Dolffs, abgelehnt dagegen die Resolution der Abgg. Waldeck, Virchow nnd Duncker.

Der Präsident schreitet darauf zur namentlichen Abstimmung über die Verfassung im Ganzen und wird dieselbe in erster Lesung mit 226 gegen 91 Stimmen angenommen. (Mit Nein stimmen: Aegerter, Alscher, André, Bekker, Beitzke, Bender, Boeck, Bresgen, Caspers, Chomse, Classen-Kappelmann, Cornely, Drabisch, Duncker, Eberty, Ellering, Elven, Fischbach, Frech, Frommer, Fühling, Gockel, Graf, Groote, Haebler, Hagen (Randow), Harkort, Hermann, v. Hilgers, Hobbeling, Hoffmann (Ohlau), Hoppe, v. Hoverbeck, Jacoby, Kalau v. d. Hofe, Kantak, Keuffel, v. Kirchmann, Kleinschmidt, v. Kleinsorgen, Kosch, Krebs, Kreutz, Krieger (Goldapp), Kropff, Larz, Laßwitz, v. Laszewski, Libelt, Löwe, v. Loncki, v. Lubienski, Lucas, Malmann, Metzmacher, Meulenbergh, Michelis (Allenstein), Motty, Nitschke, Nücker, Olbertz, Paur, Pietzker, Pilaski, Plehn, v. Proff Irnich, Römer, v. Rönne, Roggen, Rohden, Runge, v. Saucken, Schmidt, Schulte-Westhof, Schulze, Schwartz, Senff, Sommer, Stock, v. d. Straeten, v. Taczanowski, Triacca, Virchow, v. Waligorski, Waldeck, Weber, Wendisch, Weygold, Winkelmann, Ziegler, v. Zoltowski.)

Präsieent v. Forckenbeck bemerkt, daß er dem Herrenhause erst nach der zweiten Lesung von dem Beschlusse des Hauses über die Verfassung des Norddeutschen Bundes der Geschäftsordnung gemäß Kenntniß geben werde.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Interpellation des Abg. Aßmann, betreffend die Berufung v. Oberg's aus Hannover an die Stelle v. Kirchmann's, mündliche Berichte über den Laskerschen Antrag und die Finanzvorlage).

Lokales und Provinzielles.

Posen, 9. Mai. Die heute eröffnete Ausstellung von Geschenken, welche zum Besten der Viktoria-National-Invalidenstiftung verkauft werden, hat eine solche räumliche Ausdehnung erhalten, daß sie außer dem großen Saale des Regierungsgebäudes noch drei Nebensäle einnimmt. Das Arrangement läßt nichts zu wünschen übrig. Trotz des mit dem Moment der Eröffnung bedeutenden Besuches ist doch vollkommen freie Bewegung in den Ausstellungs-Räumlichkeiten möglich. Der Verkauf geht lebhaft, wozu die Billigkeit der Gegenstände das Ihrige beitragen mag. In der Regel wird von den Käufern jedoch der notirte Preis überschritten, so daß bei der Reichhaltigkeit der Ausstellung ein sehr erkleckliches Resultat zu erwarten steht. Der Verkauf der Loose zu einer der Ausstellung folgenden Lotterie hat heute gleichfalls begonnen. Das Buffet wurde um die Frühstücksstunde besonders von Damen lebhaft frequentirt.

— Dem bisherigen katholischen Garnison-Pfarrer in Berlin, jetzigen Domherrn in Gnesen, Krauß, ist der Rothe Adlerdrden vierter Klasse verliehen worden.

— Der Divisions- und Garnisons-Pfarrer Henke, der auf einer Dienstreise nach den Garnisonen in Pommern begriffen ist, wird während seiner vierwöchentlichen Abwesenheit von Herrn Präbendar Wurst vertreten werden.

— Am Anfange dieses Jahres, irren wir nicht, auch schon früher, verlautete: daß in Stelle der im Jahre 1838 für die Stadt Posen erlassenen Bauordnung der Entwurf zeitgemäßerer Bauvorschriften bei der Kommunalverwaltung zur Berathung vorliege. Bis zum heutigen Tage kann man über das Schicksal dieses Entwurfs nichts erfahren, was leider zu bedauern ist.

— [Der Verein zur Wahrung kaufmännischer Interessen] hatte zum 8. d. M. eine Generalversammlung behufs Festsetzung des Statuts und Wahl des Vorstandes anberaumt, die jedoch nur sehr schwach besucht war. Das Statut wurde paragraphenweise durchgegangen, in einzelnen Paragraphen verändert und durch einige Zusatz-Parapraphen, die sehr wesentliche Bestimmungen enthalten, vermehrt. Von der Wahl des Vorstandes wurde gestern noch Abstand genommen, um zunächst noch eine größere Anzahl von Kaufleuten und Gewerbetreibenden — gegenwärtig zählt der Verein ca. 70 Mitglieder — als Mitglieder heranzuziehen. Bis dahin führt das bisherige Komite die Angelegenheiten des Vereins weiter. Eine Versammlung zur Wahl des Vorstandes soll in der künftigen Woche anberaumt werden.

— Die wärmere Jahreszeit tritt endlich ein, doch vermissen wir leider im Interesse des Gesundheitszustandes unserer ärmeren Bewohner die längst von der Kommunalverwaltung beschlossene Aufstellung der Wasserständer. Wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß die als nothwendig anerkannte Einrichtung nicht erst nach dem Ausbruch epidemischer Krankheiten zur Ausführung kommt.

— [Die Eröffnung des Volksgartens] hat gestern stattgefunden, nachdem die Salonkonzerte ohne Unterbrechung bis zum vorhergehenden Tage dauerten und meist zahlreich besucht waren. Der Garten ist durch die neu vollendeten Baulichkeiten abgeschlossen und sehr zu seinem Vortheil verändert worden. Das gestrige erste Konzert gab die Kapelle des 6. Grenad.-Regts. unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Appold und errang, wie gewöhnlich, allseitige Anerkennung.

— Gestern Abend bemerkte ein Polizeibeamter einen Menschen auf der Umwallung des Berliner Forts um die Mündungen der Rauchabzüge herumklimmen. Mit Mühe konnte man sich seiner Person auf den gefährlichen Orten, auf denen er sich bewegte, bemächtigen. Das anscheinend mondsüchtige Benehmen wurde bei der ärztlichen Untersuchung als Säufer-Wahnsinn erkannt.

† Adelnauer Kreis, 7. Mai. [Aufgefundene Leiche; Bazar-Geschenke.] In verflossener Woche fand um Mitternacht in Ostrowo der Wächter und eine Militairpatrouille auf offener Straße eine Leiche liegend vor. Nach genauerer Rekognoscirung ergab sich, daß es der Privatsekretair Leszyński, Sohn des pensionirten Kreisgerichtssekretair L. war, welcher in letzter Zeit in der Kreiskasse O. beschäftigt wurde. Der lebensfrohe Jüngling war circa 9 Uhr desselben Abends sehr angeheitert aus einem Gasthofe gegangen, wo er viel Getränk zu sich genommen hatte. Vermuthlich ist er gestürzt und ein Schlagfluß hat seinem Leben schnell ein Ende gemacht.

Dem Posener Bazar für die Viktoria-National-Invaliden-Stiftung sind auch aus unserm Kreise auf lobenswerthe Anregung unseres Herrn Kreislandraths eine nennenswerthe Menge, größtentheils von zarter Hand gefertigter Gegenstände, auch Silber-, Porzellan- und Glasgeschirr, Bücher, sowie Münzen, (darunter 1 russ. 5 Rubelstück in Gold und 1 bair. Silbermünze (Patrona Bavariae) ꝛc. übersandt worden.

Bazar
für die Viktoria-National-Invaliden-Stiftung.

Der Verkauf der in der Wohnung des Ober-Präsidenten in dem Regierungsgebäude ausgestellten Gegenstände findet **Donnerstag den 9., Freitag den 10. und Sonnabend den 11. Mai d. J.** in der Stunde von 10 bis 1 Uhr Vor- und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags statt. Entrée à Person 2½ Sgr. — Eintritts-Billets sind in dem Lokale der Kasino-Gesellschaft, in der Hof-Musikalien-Handlung von Ed. Bote und G. Bock (Wilhelmsstraße 21.), in der Konditorei von Beely und in dem Bazar-Lokale zu haben.

Um recht zahlreichen Besuch des Bazars bittet

Das Komité
zur Veranstaltung eines Bazars für die Viktoria-National-Invaliden-Stiftung.

Oberpräsidentin **v. Horn.** Generalin **v. Alvensleben.**
Elwine Berger. **Bertha Jaffé.**
Geheime Räthin **v. Massenbach.** **Josephine** verw. **v. Treskow.**

Angekommene Fremde
vom 9. Mai.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Förster aus Czerleino, Student Sadowski aus Greifswald, Lehrer Jaskulski aus Rogasen, Probst Weiler aus Czarnikau.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Roy nebst Frau aus Wierzbiszany, Kennemann aus Klenka und Hammer aus Frankfurt a. O., Domänenpächter Laube aus Trzebislaw, die Kaufleute Reichenbach aus Breslau, Willmann aus Pforzheim, Hermsen aus Aachen und Prawitz aus Stettin, Partikulier v. d. Eynden aus Bonn, Schauspielerin Fräul. Beck aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Martini nebst Frau aus Lukowo, Baarth aus Modrze und v. Pruski aus Pieruszyce, die Kaufleute Großmann aus Fraustadt, Gehrke aus Elberfeld, Crohn und Geh. Reg.-Rath Dr. Stiehr aus Berlin, die Kammerherren v. Morawski aus Lubonia und Graf Taczanowski aus Taczanowo, die Domänenpächter Tappenbeck aus Grobia und Boldt aus Kolno.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer Waligorski aus Zydowo, Gutsbesitzer Opitz aus Lowencin, die Kaufleute Stanowski nebst Frau aus Ostrowo und Jonas aus Saarau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Rothe aus Hamburg, Herz aus Berlin, Gimkiewicz aus Samter und Heilfron aus Thorn, Inspektor Sontag aus Grätz, die Oberamtleute Franke aus Brinkendorf und Mosler aus Liegnitz, Pastor Fuhrmann aus Uszcz.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Hautz nebst Familie aus Kolatka, Jauernik aus Nygradowice und Petrik aus Chiby, Gutsbesitzer Morgenstern aus Starzyn, Kaufmann Prange aus Ludwigslust, Fabrikant Spitta aus Landsberg a. W., Erzieherin Großmann aus Grabowo, Bürgermeister Koch nebst Tochter aus Rogasen.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Dąbski aus Alexandrowitz, Stablewski aus Mosciejewo, Karsnicki aus Mchy, Koszutski aus Modliszewko, Lipowski aus Woyciechowo und Zakrzewski aus Lubin.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Jarantowski aus Miniszewo, Hubert aus Kopaszyce, Budziszewski aus Xiązek und Golski nebst Frau aus Kunowo, Schäfereidirektor Nawrocki aus Sulmierzyce, Administrator Niklas Konkolewo, Probst Golski aus Kunowo.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Türk nebst Familie aus Wreschen, Buchholz sen. und jun. aus Bomst, Borchert aus Pinne und Frau Kottek nebst Tochter aus Kollo, Oberförster Haienfelder aus Puszczykowko.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Ruß nebst Tochter und Frau Brenner nebst Tochter aus Jaroczyn.

KRUG'S HOTEL. Kaufmann Ciecierski aus Kreutz, Handelsmann Fechner aus Neutomysl.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

(Beilage.)

North British and Mercantile.
Feuer- und Lebensversicherungs-Gesellschaft

in Edinburg und London
(gegründet 1809)
mit Domicil
Berlin.
Grund-Kapital 13 Millionen Thaler.
Reserve-Fonds 16 Millionen Thaler.

Die Gesellschaft schließt **Feuerversicherungen** jeder Art zu **festen** und **billigen** Prämien. — Für **Landwirthschaft** und **Fabriken** besonders loyale Bedingungen. — Sicherstellung der **Hypothekengläubiger**. — Bei **mehrjähriger** Versicherung unter Vorausbezahlung **bedeutender Rabatt.**

Ferner Versicherungen auf **Lebens-** und **Todesfall**, **Kinder-Versorgung, Leibrenten** zu **festen** Sätzen. — **Regulirung** des Gewinnantheils geschieht nach für den Versicherten **vortheilhaftesten Grundsätzen.**

Zur Ertheilung jeder wünschenswerthen Auskunft, sowie zur Vermittelung von Versicherungs-Anträgen empfiehlt sich

die General-Agentur
J. Zapałowski,
Breslauerstr. 35.

Ferner vermitteln Versicherungen die Herren Agenten in

Posen: **J. Affeltowicz**, Wallischei,	Goslin: **V. Wittenberg,**
A. Pfitzner, Markt,	Kempen: **J. Liebes & Sohn,**
F. O. Werner, gr. Gerberstr.,	Lissa: **E. Rauhut,**
S. Zychlinski, Berlinerstr.,	Obornik: **M. Głowinski,**
Bentschen: **E. Wittke,**	Ostrowo: **G. Berliner,**
Birnbaum: **L. Meyer,**	Pleschen: **B. Wossidlo,**
Borek: **E. Skurnik,**	Schrimm: Zimmermeister **Perzyński,**
Czarnikau: **L. Wruk,**	Rackwitz: **D. Oettinger,**
Dobrzyce: **Gerson Behrisch,**	Schwerin a./W.: **J. Walter,**
Fraustadt: **H. Günther,**	Unruhstadt: **T. Wandel,**
Gnesen: **C. v. Ostaszewski,**	Wreschen: Zimmermeister **Perzyński,**
Gostyn: **J. Langner,**	Wollstein: **M. Böhmig.**
Grätz: **J. Großmann,**	

In Städten des Regierungs-Departements Posen, wo die Gesellschaft noch nicht vertreten ist, werden Agenten angestellt.

Ich habe die Ehre, einem hochgeehrten Publikum mitzutheilen, daß ich am hiesigen Platze neben meinem vergrößerten

Materialwaaren-Geschäft
eine
Wein- und Bierstube

eingerichtet habe.

Indem ich mir erlaube, mein gut assortirtes Lager von **Ungar-, Rhein-** und **französischen Weinen,** so wie **Porter, Kulmbacher, Bairisch** und **Grätzer Bier** bestens zu empfehlen, habe, um vielseitigen Wünschen zu genügen, ein gut eingerichtetes **Billard** aufgestellt. Für das mir bisher in so reichem Maaße zu Theil gewordene Wohlwollen und Vertrauen verbindlichst dankend, versichere, daß ich auch in meinem neuen Unternehmen mir die größte Mühe geben werde, allen Anforderungen zu genügen.

Schroda, Mai 1867.

Hochachtungsvoll
W. N. Jerzykiewicz.

Geisteskranke Damen

finden in der vom **Staate konzessionirten**, von höheren **medizinischen Autoritäten** empfohlenen **Privat-Irren-Anstalt,** bei sorgfältiger, liebevoller Pflege Aufnahme.

Nähere Auskunft ertheilt
Antonie Gerber, Vorsteherin,
Berlin, Potsdamerstr. Nr. 73.

Neuen amerikanischen Pferdezahn-Mais

offerirt billigst
S. Halle,
Markt- und Schloßstr.-Ecke 84.



Auf d. Dom. **Karna** bei Köbnitz sind noch eine Anzahl 8 bis 10 Wochen alter engl. **Suffolk-Ferkel,** das Paar zu 10 Thalern, zu verkaufen; desgleichen **Halbblut-Ferkel** desselben Alters zu 8 Thalern das Paar.

Dominium **Strykowo** b. Stenszewo hat einen 2jährigen starken Bullen (Halbblut-Shorthorn), blau-Schimmel, zu verkaufen.

---

70 Stück kernfette **Hammel,** theils Southdown-Halbblut, stehen auf dem Dominium **Ludom** bei Obornik zum Verkauf.

Wollzüchen-Drilliche

empfiehlt billigst
A. Birner, Markt 68.

Gut eingeschossene

Scheibenbüchsen, **Revolver** und **Doppelflinten** empfiehlt in großer Auswahl unter Garantie ***A. Hoffmann,*** Büchsenmacher.
Posen, Wasserstraße 24.

Long-Châles, Jacquettes, Paletots, Beduinen, Talmas, fertige Anzüge, Jupons rc.

in den neuesten Genres und zu den billigsten Preisen
Robert Schmidt
(vorm. **Anton Schmidt**).
Posen, **Markt Nr. 63.**

Gardinenstangen. — Gardinenhalter.

Rouleaux

in $6/4$ bis $10/4$ Breite, so wie **Tapeten** in reichhaltiger Auswahl empfiehlt zu sehr billigen Preisen
M. Basch,
Breslauerstr. 36.

Engl. Schafscheeren

in großer Auswahl und bester Qualität empfiehlt die **Eisenhandlung** und **Niederlage** von **Maschinen** und **landwirthschaftlichen Geräthschaften** von
F. Oberfelt & Comp.

Kelydon,
neues Berliner Fleckwasser,

aus der Fabrik von ***C. Roestel,*** Stralauerstraße 48.,

ist die neueste hervorragendste Erfindung der chemischen Technik. Es vertilgt **sofort** fast alle nur möglichen Flecke, **ist in höchstens einer halben Stunde, ohne den geringsten Geruch nachzulassen, verschwunden,** und besitzt im Gegensatz zu allen bisherigen Fleckreinigungsmitteln **angenehm ätherisch-aromatischen Geruch.** Flaschen zu $2\frac{1}{2}$, 4, $7\frac{1}{2}$, $12\frac{1}{2}$ Sgr. sind zu haben in **Posen** bei ***H. Kirsten Wwe., Eugen Werner, Herrmann Moegelin.***

Mineralwasser- und Champagner-Maschinen

zur Engros-Fabrikation aller künstlichen kohlensauren Getränke
J. Gressler & Co., Berlin, Ritterstraße 83.

Des kgl. preuß. Kreisphysikus **Dr. Koch Kräuterbonbons** bewähren sich ☞ wie durch zwölfjährige Erfahrung festgestellt ☜ vermöge ihrer reichhaltigen Bestandtheile der vorzüglichst geeigneten **Kräuter-** und **Pflanzensäfte** bei Husten, Heiserkeit, Rauheit im Halse, Verschleimung rc., indem sie in allen diesen Fällen, **lindernd, reizstillend** und besonders **wohlthuend** einwirken und werden in länglichen, mit **nebenstehendem Stempel** versehenen Original-Schachteln, à 5 und **10 Sgr.** nach wie vor stets **echt** verkauft für **Posen** bei **J. Menzel,** Wilhelmsstraße, neben dem Postgebäude, sowie auch für **Birnbaum:** J. M. Strich, **Bromberg:** C. F. Beleites, **Chodziesen:** C. Breite, **Fraustadt:** Aug. Cleemann, **Gnesen:** J. B. Lange, **Grätz:** R. Mützel, **Inowraclaw:** H. Senator, **Kempen:** Gottsch. Fränkel, **Kosten:** W. Feldmann, **Krotoschin:** A. E. Stock, **Lissa:** J. L. Hausen, **Lobsens:** L. P. Elkisch, **Margonin:** Apoth. A. Kratz, **Nakel:** L. A. Kallmann, **Ostrowo:** Löbel Cohn, **Pleschen:** Th. Musielewicz, **Rawicz:** R. F. Frank, **Rogasen:** Jonas Alexander, **Samotschin:** G. E. Stenzel, **Samter:** W. Krüger, **Schmiegel:** Wolf Cohn, **Schrimm:** Emil Siewerth, **Schroda:** Fischel Baum, **Schubin:** C. L. Albrecht, **Trzemeszno:** G. Olawski, **Wittkowo:** R. A. Langiewicz, **Wollstein:** C. Isakiewicz Nachfolger, **Wongrowiec:** J. E. Ziemer, **Wreschen:** Const. Winzewski und für **Wronke** bei L. Krüger.

(Stempel: DES KÖN. GL. PR. KREISPHYSIKUS IN HEILIGENBEIL — DR. KOCHS KRÄUTER-BONBONS.)

Impf-Lymphe,

direkt von Kühen, für 1 Person 20 Sgr., versendet zu jeder Jahreszeit frisch, **Berlin,** Schiffbauerdamm 33.,

Dr. ***Pissin,*** **prakt. Arzt.**

Ein Kraft- und Stoffmittel — kein Arznei- oder Reizmittel.

Wichtig für Alle,
welche an **Geschlechtsschwäche** leiden, ist:

Dr. Koch's Mannbarkeits-Substanz*)

(pro Flasche 1 Thlr.),
ein aus Vegetabilien und Mineralien gewonnener Extrakt, welcher systematisch die **Geschlechtsschwäche** bekämpft, zuverlässig verlorene Kräfte ersetzt, und schon nach mehrwöchentlichem Gebrauch **die schrecklichen Folgen** der Selbstbefleckung, Ausschweifung und Ansteckung beseitigt.

*) Was **„J. v. Liebig's Nahrung"** (künstlicher Ersatz der Muttermilch) für Kinder, schwächliche Personen und Genesende ist, das ist Dr. **Koch's Mannbarkeits-Substanz"** (künstlicher Ersatz der Zeugungskraft) für Schwächlinge, Impotente und syphil. Rekonvaleszenten **ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters.**

☞ Nur direkt, **unter Zusicherung strengster Diskretion,** zu beziehen durch Dr. **Koch,** Berlin, Belle-Alliancestraße 4.

Kösener Mutterlaugen-Badesalz, sowie Seesalz

empfiehlt
Isidor Appel, Bergstr. 7.

Leb. Hechte u. Zander Donnerst. Ab. b. Kletschoff.

Delikate Matjes-Heringe

empfiehlt ***Isidor Busch.***

Gefrornes

empfiehlt von heute ab täglich die Konditorei von
A. Pfitzner am Markt.

Maitrank

auf Eis von frischem Waldmeister, die Rheinweinflasche 10 Sgr. exkl. Bouteille empfiehlt die Konditorei und Weinhandlung

A. Pfitzner
am Markte.

1000 Scheffel

gute **Eßkartoffeln** verkauft **Lagiewniki** bei Klecko.

Bekanntmachung.

Dem geehrten Publikum mache ich hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich meinen Verkaufsladen an Sonn- und Festtagen gänzlich geschlossen halte, weshalb ich bitte, etwaige Einkäufe bei mir an den Wochentagen zu machen.

Obornik, den 8. Mai 1867.
Theodor Stefański,
Kaufmann.

Hannöversche Lotterie.

Loose zur 1. Kl., Ziehung 13. Mai, bei
J. D. Katz & Sohn,
Wilhelmsstraße 8.

Nach New-York, Quebec, Baltimore und Australien

werden Passagiere wöchentlich 3 mal via England mit Post-Dampfschiffen und Segelschiffen zu den billigsten Preisen befördert durch

Morris & Co.,
Hamburg, Stubbenhuk **17.**

Sapiehaplatz 3. in der zweiten Etage ist eine herrschaftliche Wohnung, bestehend aus 8 Zimmern und Saal nebst Zubehör, vom 1. Oktober c. zu vermiethen.

Freundliche Souterrain-Wohnungen sind zu vermiethen u. bald zu beziehen St. Martin 78.

Ein **Garten** zu vermiethen St. Martin Nr. 34.

Ein gr. möblirtes Zimmer mit schöner Aussicht ist sofort zu verm. Näheres: Neue Posthalterei, Schuhmacherstr. 11., 3. Etage links.

Ein fein möbl. 2fenstriges Parterre-Zimmer und ein einfenstr. möbl. Zimmer sind sofort zu vermiethen **Fischerei 6.**

Friedrichsstraße 21. ist vom 1. Oktober c. ab eine große Wohnung im ersten Stock, nebst Stall und Wagenremise zu vermiethen. Näheres Breslauerstraße 30. bei ***Heilbronn.***

Gesuch.

Ein gebildeter Mann wünscht wegen persönlicher Angelegenheit auf einige Zeit bei einem Bürgermeister oder Polizeibeamten einer Provinzialstadt Wohnung zu nehmen. Freie Adressen unter **J. M. 73** befördert ***Paul Callams*** Inseraten-Kompt. Berlin, Niederwallstraße 15.

Ein junger Mann mit den nöthigen Schulkenntnissen (Reife für Secunda) kann als Lehrling in meine Apotheke eintreten.

Schwersenz. ***A. Mielke.***

Das Vacanzen-Anzeigeblatt

enthält hunderte von wirklich offenen Stellen für Kaufleute, Landwirthe, Forstbeamte, Lehrer, Gouvernanten, Techniker etc., Beamten aller Branchen und Chargen, welche ohne Kommissionaire zu vergeben sind. Die Namen der Principale und Behörden sind stets angegeben, um sich direkt bewerben zu können. Für jede mitgetheilte Stelle leistet die Redaktion Garantie. Das Abonnement beträgt für 5 Nummern 1 Thlr. und für 13 Nummern 2 Thlr., wofür das Blatt an jede aufgegebene Adresse alle Dienstage franco gesandt wird.

Bestellungen bitten wir an ***Paul Callam's Zeitungscomtoir, Berlin, Niederwallstrasse 15.,*** zu richten.

Einen Lehrling

sucht die **Destillation** von ***G. Weiss.***

Ein junger Mann kann als Lehrling in meine Apotheke sogleich eintreten.

Schroda, den 8. Mai 1867.
R. Merkel.

Die Inspektorstelle auf dem Domin. **Sarbia** bei Miescisko ist besetzt.

v. d. Hagen.

☞ Die zweite Auflage (20,000) ☜

des officiellen Special-Catalogs der Pariser Ausstellung.

Annoncen zu den bereits veröffentlichten Preisen. **Bestellungen** und **Anfragen** an die

Expedition des officiellen Catalogs für die Pariser Ausstellung.

Berlin, Neustädtische Kirchstrasse 6a. F. André.

Ein junger Mann, der 4 Jahre in einem Getreide-Effektiv-Geschäft fungirt hat, mit den besten Empfehlungen versehen, der doppelten Buchführung und Korrespondenz mächtig ist, sucht hier oder auswärts sofort Stellung. Offerten werden unter ***K. 44.*** poste restante **Posen** erbeten.

Wegen Familienverhältnisse wünscht eine junge Dame in gesetztem Alter, aus achtbarer Familie, die in wirthschaftlichen, so wie in sämmtlichen weiblichen Handarbeiten geübt, unter bescheidenen Ansprüchen eine passende Stellung als Stütze der Hausfrau. Auch wäre erwünscht, wenn dieselbe ein Engagement bei einer in's Bad reisenden Dame erhält. Nähere Auskunft wird unter ***A. Z. 20.*** poste rest. ***Neutomyśl*** erbeten.

Ein ganz unbemittelter Mann hat gestern auf dem Wege nach der Breitenstraße seine ganze Baarschaft von 67 Thlr. (in Kassenanweisungen à 1 50, und 17 1 Thlr.) verloren; es wird der ehrliche Finder dringend gebeten, einem ganz dem Ruin ausgesetzten Manne zu helfen, und den Betrag bei Herrn ***J. Asch,*** Breitestraße Nr. 7., abzugeben.

Sonnabend den 11. Mai c.

Abends 7 Uhr findet die monatliche Vereinigung des Offizierkorps 1. Bataillons 1. Pos. Landwehr-Regiments Nr. 18 im **Hildebrand**'schen Lokal zu **Posen** statt. Abmeldungen werden wie früher an den Unterzeichneten erbeten.

Posen, den 9. Mai 1867.

Im Auftrage.
Breslau, Prem.-Lieut. u. Adjutant.

Familien-Nachrichten.

Bei unserer Abreise nach **Berlin** sagen wir allen Verwandten und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Sydonie Reimann.
Agnes Reimann.

Posen, im Mai 1867.

(Verspätet.)

Nach längeren Leiden entschlief zu einem besseren Leben unser innig geliebter Sohn und Bruder **Paul** in einem Alter von 18 Jahren, 10 Monaten 5 Tagen. Dies allen auswärtigen Freunden statt besonderer Meldung.

Gleichzeitig sprechen wir unsern Dank allen Denen, welche durch gütige Theilnahme bei der Beerdigung, namentlich aber denjenigen jungen Herren, welche dem Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben, hiermit aus.

Samter, den 8. Mai 1867.

Matz nebst Frau und Kinder.

Gestern, $10\frac{1}{2}$ Uhr Abends, starb hierselbst am Typhus der Bäckermeister **Matheus.** Der evangelische Gemeinde-Kirchenrath betrauert durch sein Hinscheiden in ihm ein langjähriges und thätiges Mitglied.

Schroda, den 8. Mai 1867.

Der evang. Gemeinde-Kirchenrath.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Kgl. Seehandlungsbuchhalter H. Krakau mit Frl. M. Holtz, Polizei-Lieutenant Rath mit Frl. E. Vogel, Premier-Lieutenant V. v. Görne mit Fräul. A. Bock in Berlin, Rittmeister F. v. Flemming in Körlin mit Frl. M. v. Lettow-Vorbeck in Berlin.

Bazar-Saal.

Montag den 13. Mai 1867
Abends **8** Uhr
zum Besten
der hiesigen Stadtarmen

Quartett-Soirée

des
Florentiner Quartett-Vereins
Jean Becker.

Das Programm wird die Zeitung veröffentlichen.

Billets zu **numerirten Sitzplätzen** à **1 Thlr., Stehplätzen** à **15 Sgr**, sind zu haben in der **Hofmusikalienhandlung** von ***Ed. Bote & G. Bock.***

Das Comité.

Volksgarten-Saal.

Heute Donnerstag
Sinfonie-Konzert.
Anfang 8 Uhr. Entrée à Person 3 Sgr.

Morgen Freitag
Garten-Konzert.
Anfang 6 Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.
C. Walther, Kapellmeister.

Fehrle's Gesellschaftsgarten,

kleine Gerberstraße Nr. 7
Morgen Sonnabend, Sonntag und Montag
erstes Auftreten
der beiden unübertrefflichen Gymnastiker und Akrobaten der Kolter-Weitzmannschen Gesellschaft, Herren ***Kleemann*** und ***Clinowicz.*** unter Direktion des Herrn ***Wendland,*** verbunden mit großem

Concert.

Entrée à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr., Kinder 1 Sgr.
Anfang präcise 5 Uhr.
Näheres besagen die Anschlagezettel.

☞ **Asch's Café,** ☜
Markt 10.

Heute und die folgenden Abende ***Concert*** von der Sängergesellschaft **Conrad** unter Mitwirkung des Komikers Herrn **Mayer.**

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 9. Mai 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 86½ Br., do. Rentenbriefe 87¾ Br., do. 5% Kreis-Obligationen —, do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen —, do. 4½% Kreis-Obligationen —, polnische Banknoten 79 Br.

Roggen [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Mai 66, Mai-Juni 63½, Juni-Juli 62½, Juli-August 58¾, August-Septbr. —, Herbst 53¾.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gekündigt 15,000 Quart, pr. Mai 17½, Juni $17\frac{7}{12}$, Juli 17⅔, August 17¾, September 18, Oktober 17½.

Ⓠ [Privatbericht.] **Roggen** rapide steigend, schließt ruhiger, pr. Mai 66 bz. u. Gd., Mai-Juni 64—63—64 bz. u. Br., Juni-Juli 63—62½—62 bz. u. Gd., Juli-August 59 bz., Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 54 Br.

Spiritus wenig verändert, pr. Mai 17½ bz., Br. u. Gd., Juni $17\frac{7}{12}$ Br., Juli 17¾ Br., August 17¾ Gd., ⅝ Br., September 18 bz. u. Gd., Oktober 17⅔ Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 8. Mai. Wind: NW. Barometer: 28². Thermometer: Früh 10° +. Witterung: Schön.

Die Steigerung in den Preisen für Roggen hat sich in riesigem Maßstabe heute fortgesetzt. Gekündigt 10,000 Ctr. Kündigungspreis 68½ Rt.

Weizen steigend. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 89 Rt.

Hafer zu anziehenden Preisen gekauft.

Rüböl eröffnete matt, gewann indessen im Laufe der Börse entschiedene Festigkeit. Gekündigt 200 Ctr. Kündigungspreis 11 Rt.

Spiritus wurde anfänglich etwas billiger verkauft, hat indessen bald sich befestigt und den gestrigen Fortschritt der Preise schließlich voll behauptet.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 80—96 Rt. nach Qualität, blauspitziger poln. 80 a 86 Rt. bz., pr. 2000 Pfd. per diesen Monat 88¼ a 90 Rt. bz., Mai-Juni 86 a 87 bz. u. Gd., Juni-Juli 84½ a 85¼ bz., Juli-August 80½ Gd, Septbr.-Oktbr. 74 a 73½ a 74 bz.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 67½—69½ Rt. bz., Frühjahr 67½ a 70 Rt. bz., Mai-Juni 65 a 67½ bz., Juni-Juli 63⅞ a 65½ bz., Juli-August 59¾ a 60½ bz., Septbr.-Oktbr. 55 a ¾ bz.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 45—52 Rt. nach Qualität.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 32—36 Rt. nach Qualität, böhm. 34, sächs. und pomm. 35, schwimm. pomm. 33¾ a 34¼ Rt. bz., Frühjahr 34 a ½ Rt. bz., Mai-Juni 33 a ¾ bz., Juni-Juli 32¾ a 33½ bz., Juli-August 31½ a 32½ bz., Septbr.-Oktbr. 29 Rt. nominell.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 56—66 Rt. nach Qualität, Futterwaare do.

Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 11¼ Rt., per diesen Monat 11⅛ a ⅙ bz., Mai-Juni 11 a ⅙ bz., Juni-Juli 11¼ Rt., Septbr.-Oktbr. 11¹¹/₂₄ a ½ bz., Oktbr.-Novbr. $11\frac{7}{12}$ bz., Novbr.-Dezbr. 11¾ Br.

Leinöl loko 12⅚ Rt. Br.

Spiritus pr. 8000% loko ohne Faß 18¼ Rt. bz., per diesen Monat 17⅚ a 18 bz. u. Br., $17\frac{11}{12}$ Gd., Mai-Juni do., Juni-Juli $17\frac{11}{12}$ a $18\frac{1}{12}$ bz. u. Br., 18 Gd., Juli-August 18⅙ a ⅜ bz. u. Br., ¼ Gd., August-Septbr. 18⅜ a ⅝ a ½ bz., Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 18¼ bz., Br. u. Gd.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5⅚—$5\frac{7}{12}$ Rt., Nr. 0. u. 1. $5\frac{7}{12}$—5¼ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4⅚—$4\frac{7}{12}$ Rt., Nr. 0. u. 1. 4⅔—4⅙ Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. (B. H. Z.)

Stettin, 8. Mai. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Schön, klare Luft, + 15° R. Barometer: 28. 3 Wind: NW., lebhaft.

Weizen etwas niedriger, loko p. 85pfd. gelber und weißbunter 86—96 Rt., p. 83/85pfd. gelber pr. Frühjahr 95—94½ bz., Mai-Juni 91¾, ½ bz., Juni-Juli 90 bz., Juli-August 89½ Br., 89 Gd., Septbr.-Oktbr. 81, 80½ bz.

Roggen steigend bezahlt, Schluß ruhiger, p. 2000 Pfd. loko 63—65½ Rt., pr. Frühjahr 65—66—65⅝ bz. u. Br., Mai-Juni 63—64, 63 bz. u. Br., Mai-Juni und Juni-Juli im Verbande 63½ bz., Juni-Juli 63—62½ bz. u. Gd., Juli-August 61 Br., Septbr.-Oktbr. 55 bz. u. Br. (gestern Abend noch 55½ Rt. bz.).

Gerste ohne Umsatz.

Hafer loko p. 50pfd. 34—34½ Rt., 1 Ladung vorpomm. 34½ bz.

Rüböl niedriger, loko 10¾ Rt. Br., pr. Mai 10½, ⅓ bz. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 11¼ bz. u. Br.

Spiritus fest und höher, loko ohne Faß 17⅜ Rt. bz., mit Faß 17⁷/₂₄, ⅜ Rt. bz., kurze Lief. ohne Faß 17½ bz., pr. Frühjahr und Mai-Juni 17⅓ bz. u. Br., Juni-Juli 17½—$\frac{7}{12}$ bz. u. Br., Juli-August 17¾ bz., Septbr.-Oktbr. 17¾ Br.

Angemeldet: 200 Wispel Weizen, 50 Wispel Roggen, 10,000 Quart Spiritus.

Syrup, französ. 6¼ Rt. tr. bz. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 8. Mai. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (p. 2000 Pfd.) nahe Termine im Verlauf höher, gek. 1000 Ctr., pr. Mai 63¼—64—63½ bz. u. Gd., Mai-Juni 62 bz., schließt 62¾ Gd., Juni-Juli 60¾—61 bz., schließt 61½ Gd., Juli-August 57 bz., Septbr.-Oktbr. 51¾—52—51½ bz. u. Gd.

Weizen pr. Mai 84 Br. Gerste pr. Mai 54 Br.

Hafer pr. Mai 51½ Br. Raps pr. Mai 93 Br.

Rüböl lustlos, gek. 200 Ctr., loko 10⅓ Br., pr. Mai und Mai-Juni $10\frac{1}{12}$ bz., 10⅙ Br., Juni-Juli 10⅓ Br., Septbr.-Oktbr. 11 Br., Oktbr.-Novbr. 11 bz.

Spiritus fester, gek. 25,000 Quart, loko **17⅝ Gd.,** 18 Br., in einem Falle 17⅔ bz., pr. Mai 17⅝ bz. u. Br., Mai-Juni 17¾ bz., Juni-Juli 17⅚ bz. u. Gd., 18 Br., Juli-August 18 bz., Septbr.-Oktbr. 17¹¹/₂₄ bz.

Zink unverändert. Die Börsen-Kommission. (Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 8. Mai. Weizen 87—89 Rt., Roggen 68—70 Rt., Gerste 50—54 Rt., Hafer 32½—34 Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare fest, Termine höher. Loko ohne Faß 19 Rt., pr. Mai und Mai-Juni 18⅓ Rt., Juni-Juli 18½ Rt., Juli-August 18⅔ Rt., August-Septbr. 18⅝ Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus fest und höher. Loko 17 Rt. bz., pr. Mai und Juni ca. 17 Rt. (Magdb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 8. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Weizen und Roggen kaum behauptet. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 165 Bankothaler Br., 164 Gd., pr. Mai-Juni 159 Br., 158 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 111 Br., 110½ Gd., pr. Mai-Juni 109½ Br., 109 Gd. Hafer flau. Oel matt, pr. Mai 23¾, pr. Oktober 25⅛. Spiritus stille, 24. Kaffee fest, verkauft 3000 Sack. Zink sehr ruhig. — Sehr schönes Wetter.

London, 8. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Sehr schwache Zufuhren von englischem Weizen, reichliche von fremdem Weizen, Gerste und Hafer. Sehr geringes Geschäft, weil Weizen-Inhaber zu niedrigeren Preisen nicht abgeben wollen. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 8. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen und Roggen Sommertermine etwas höher, sonst unverändert. Raps pr. Mai —, pr. Oktober 69½. Rüböl pr. Mai —, pr. Oktbr.-Dezbr. 38½.

Liverpool (via Haag), 8. Mai, Mittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Gute Nachfrage.

Middling Amerikanische 11, middling Orleans 11¼, fair Dhollerah 9½, good middling fair Dhollerah 9, middling Dhollerah 8½, Bengal 7½, good fair Bengal 8½, Oomra 9½, Pernam 12¼, Egyptian 14½.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
8. Mai	Nachm. 2	27" 11''' 41	+17°5	W 2	halb heiter. Ci-cu. st., Ci-cu.
8. "	Abnds. 10	27" 11''' 74	+ 9°8	NNW 1	ganz heiter. Ci.
9. "	Morg. 6	27" 11''' 69	+ 8°9	N 0	ganz heit. Ci-cu.

Wärme-Maximum: + 17°9. Wärme-Minimum: + 5°0.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 8. Mai 1867 Vormittags 8 Uhr 6 Fuß 4 Zoll.
" " 9. " " " " 6 " 4 "

Strombericht. (Oborniker Brücke.)

Den 8. Mai. Kahn Nr. 8586, Schiffer Heinrich Berk, von Berlin nach Posen mit Gütern; Kahn Nr. 436, Schiffer Friedrich Süske, und Kahn Nr. 336, Schiffer C. John, beide von Stettin nach Posen mit Gütern; Kahn Nr. 919, Schiffer Robert Gräber, von Frankfurt nach Posen mit Gütern; und Kahn Nr. 256, Schiffer Ferdinand Welmat, von Berlin nach Posen mit Holz.

Telegramm.

London, 10. Mai. „Times“, „Post“ und „Herald“ halten die Konferenzresultate für gesichert, die erstgenannten sprechen sich für, „Daily News“ gegen Englands Betheiligung an der Kollektiv-Garantie aus.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 8. Mai 1867.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	96½ bz
Staats-Anl. 1859	5	101½ bz
do. 54, 55, 57	4½	96½ bz
do. 56	4½	96½ bz
do. 1859, 1864	4½	96½ bz
do. 50, 52 conv.	4	87 bz
do. 1853	4	87 bz
do. 1862	4	87 bz
Präm.St.Anl. 1855	3½	118½ bz
Staats-Schuldsch.	3½	80¾ bz
Kur-u.Neum.Schldv	3½	76¼ bz
Berl. Stadt-Obl.	5	101 bz
do. do.	4½	96½ B
do. do.	3½	80 bz
Berl.Börsenh.-Obl.	5	99⅞ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-Märkische	3½	74½ bz
do.	4	— —
Ostpreußische	3½	75½ G
do.	4	82½ bz
Pommersche	3½	75 B
do. neue	4	87 bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	86½ bz
Schlesische	3½	83½ bz
do. Litt. A.	4	— —
Westpreußische	3½	73 bz
do.	4	82 G
do. neue	4	81½ G
do. do.	4½	89¾ bz
Rentenbriefe: Kur-u.Neumärk.	4	88½ bz
Pommersche	4	88½ B
Posensche	4	87½ B
Preußische	4	88½ bz
Rhein.-Westf.	4	— —
Sächsische	4	89½ bz
Schlesische	4	90⅜ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	44½ G
do. National-Anl.	5	53¼ bz
do. 250 fl. Präm.Ob.	4	58 B
do. 100fl.Kred.Loose	—	63 bz u B
do.5przLoose(1860)	5	63 bz u G
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	38 bz
do. Slb.-Anl. 1864	5	59 G
Italienische Anleihe	5	46¾-47¼ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	58½ bz
6. do.	5	79 bz
Englische Anl.	5	84 G
N.Russ.Egl.Anl	3	52 bz
do. v. J. 1862	5	84¼ bz G
do. 1864	5	85½ G
do. engl.	5	85½ G
doPr.-Anl.1864	5	88¾ bz
Polnische: Poln.Schatz-O.	4	59½ bz
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	89 G
Pfdbr. n. i. SR.	4	53 G
Part. O. 500 Fl.	4	91 bz
Amerik. Anleihe	6	75¾-76⅛ bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	54¼ B
NeueBad.35fl.Loose	—	— —
DessauerPräm.Anl.	3½	94 B
Lübecker Präm. Anl.	3½	49 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	153 B
Berl. Handels-Ges.	4	104½ bz
Braunschwg. Bank-	4	89 B
Bremer do.	4	112 G
CoburgerKredit-do.	4	74 G
Danzig. Priv.-Bk.	4	108 bz
Darmstädter Kred.	4	75¼ kl bz
do. Zettel-Bank	4	90 G
Dessauer Kredit-B.	0	2¼ G
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	98½ bz
Genfer Kreditbank	4	24¾ bz
Geraer Bank	4	99½ B
Gothaer Privat do.	4	92 B
Hannoversche do.	4	80 bz
Königsb. Privatbk.	4	111 G
Leipziger Kreditbk.	4	78¼ G
Luxemburger Bank	4	81¾ B
Magdeb. Privatbk.	4	88 G
Meininger Kreditbk.	4	89 etw bz
Moldau. Land. Bk.	4	18 B
Norddeutsche do.	4	114 B
Oestr. Kredit- do.	5	63½-64¼ bz
Pomm. Ritter- do.	4	90 B
Posener Prov. Bank	4	96 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	146½ bz
Schles. Bankverein	4	112 B
Thüring. Bank	4	61 G
Vereinsbnk. Hamb.	4	109⅜ B
Weimar. Bank.	4	87½ etw bz
Prß. Hypoth.-Vers.	4	107½ B
do. do. Certific.	4½	— —
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	81½ B
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	88 G
Aachen-Mastricht	4½	64½ bz
do. II. Em.	5	64½ bz
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	93 bz
do. III. S. 3½ (R.S.)	3½	74½ bz
do. Lit. B.	3½	74½ bz
do. IV. Ser.	4½	— —
do. V. Ser.	4½	91 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	— —
do. II. Ser.	4½	90¾ bz u G
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	94 G
do. Litt. B.	4	93¼ B
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	— —
do. Litt C.	4	85 B
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	83¼ G
Berl.-Stet. III. Em.	4	83¼ G
do. IV. S. v. St. gar.	4½	94½ B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	— —
do. II. Em.	5	102 B
do.	4	— —
do. III. Em.	4	83¼ B
do.	4½	92½ G
do. IV. Em.	4	82¾ bz
do. V. Em.	4	82¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	87¼ B
do. 1865	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	93½ bz
Magdeb. Wittenb.	3	64¾ B
Mosco-Rjäsan S. g.	5	83 B
Niederschles. Märk.	4	87¾ B
do. II. c.	4	— —
do. conv.	4	87¾ B
do. conv. III. Ser.	4	85½ B
do. IV. Ser.	4½	— —
Niederschl. Zweigb.	5	99 B
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	— —
do. Litt. C.	4	— —
do. Litt. D.	4	85 bz
do. Litt. E.	3½	76½ G
do. Litt. F.	4½	— —
Oestr. Französ. St.	3	232 b, n 223 bz
Oestr. südl. Staatsb.	3	214 bz
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	76 bz
do. Prior. Obl.	4½	90½ bz
do. 1862	4½	90½ bz
do. v. Staat garant	4½	— —
Rhein-Nahe v. St g.	4½	93 B
do. II. Em.	4½	93 B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4	85 G
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	85 G
do. IV. Ser.	4½	96 B

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	33½ bz
Altona-Kieler	4	123½ bz
Amsterd. Rotterd.	4	90½ bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	135-136 bz
Berlin-Anhalt	4	208 bz
Berlin-Hamburg	4	140 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	201 bz
Berlin-Stettin	4	133 bz
Berlin-Görlitz	4	67½ bz u G
do. Stamm-Prior.	5	95¼ bz
Böhm. Westbahn	5	56¾ B
Bresl. Schw. Freib.	4	132 bz
Brieg-Neiße	4	91¾ bz
Cöln-Minden	4	130-131 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	54¾ bz
do. Stamm-Pr.	4½	72 bz
do. do.	5	81 bz
Gal. C.-Ludwg.	5	79½ etw bz
Ludwigshaf.-Bexb.	4	141 G
Magdeb. Halberst.	4	185 G
Magdeb. Leipzig	4	246 bz
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	119 bz u G
Mecklenburger	4	73 bz
Münster-Hammer	4	90 G
Niederschles. Märk.	4	88 G
Niederschl. Zweigb.	4	90 G
Nordb., Frd. Wilh.	4	84¾-85½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	175-176 bz
do. Lt. B.	5	150 bz
Oest. Franz. Staat.	5	101 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	97-99 bz
Oppeln-Tarnowitz	5	72½ bz
Rheinische	4	107½-108½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	27½ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	75 bz
Stargard-Posen	4½	92¾ bz
Thüringer	4	133½ B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	$113\frac{7}{12}$ B
Gold-Kronen	—	9. 9 G
Louisd'or	—	111¼ G
Sovereigns	—	6. 21¾ G
Napoleonsd'or	—	5. 10⅞ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	462½ G
Dollars	—	1 12⅛ bz
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 25 G
K. Sächs. Kass. A.	—	$99\frac{9}{10}$ G
Fremde Noten	—	99¾ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	$99\frac{9}{10}$ G
Oestr. Banknoten	—	76⅝ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	78⅞ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	148 bz
Berl. Eisenb. Fab.	5	110½ bz
Hörder Hüttenv. A.	5	106 G inkl.
Minerva, Brgw. A.	5	31½ bz
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia in Köln	4	400 B inkl.

Wechsel-Kurse vom 8. Mai.

Amstrd. 250fl. 10 T.	3	142⅞ bz
do. 2 M.	3	141¾ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	150¾ bz
do. do. 2 M.	3	150 bz
London 1 Lstr. 3 M.	3	6 21 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	80⅚ bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	76¼ bz
do. do. 2 M.	4	75¾ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 22 bz
Frankf. 100fl. 2 M.	3½	56 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅚ G
do. do. 2 M.	5	$99\frac{5}{12}$ G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	87⅜ bz
do. do. 3 M.	7	86⅝ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	4½	110⅝ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	78⅝ bz

Die Börse ließ sich heut Anfangs durch die von der „B. B. Z.“ im Extrablatt gebrachte Reuter'sche Depesche aus London (daß England die Neutralisirung Luxemburgs nicht garantiren wolle) sehr verstimmen und begann flau; später befestigte sie sich auf die Wolff'sche Depesche, welche das Gegentheil sagte, ohne daß sich aber das Geschäft belebte. In östreichischen Loosen, Lombarden, Nordbahn fand verhältnißmäßig der lebhafteste Verkehr statt. Italiener waren fest, Amerikaner matt. Russische Prämien-Anleihe matt, die andern fest. Preußische Fonds litten unter dem Mangel an Kapitalzufluß. — Rumänen 62 bez. u. Br. — Reichenberg-Pardubitzer Prioritäten 70½ Br. — Schluß sehr fest. — Von preußischen Fonds verloren 4½ proz. Anleihe ¼, 5 proz. waren Brief, dagegen 4 proz. ⅛ höher. Von östreichischen besserten sich 1864er Loose mit ¼, Italiener mit ½. Russische Präm.-Anl. waren beide ¼ billiger. Amerikaner 75¾ à 76⅛, also ⅛ niedriger schließend, zuletzt aber über Notiz bezahlt; ult. 77—1 bez., ult. Juni 78—1½ bez. — Von Bank- und Kreditpapieren verloren Darmstädter 1¼, Diskonto-Komm. ½, Oestreich. Kredit schließen ⅜ besser, preußische Bank gewannen 1, sächsische ¼, weimarsche 1¼. — Von Eisenbahnen verloren Berg. ½, Anhalt ⅜, Görlitzer ½, Görlitzer St. Pr. ½, Köln 2, Galizier ½, Mainzer 1, Lomb. 1¼, Rhein-Nahe ½, Potsd. gewannen 1, Mecklenb. ¼, Nordb. ¼, Rhein. ½. — Von Wechseln waren Wien kurz 76½, lang 76⅞, Petersburg kurz 87½, lang 86½.

Bergisch-Märkische 135 a 136 gem. Köln-Mindener 130 a 131 gem. Nordbahn Friedr. Wilh. 84¾ a 85½ gem. Oberschlesische Lit. A. u. C. 175 a 176 gem. Rheinische 107½ a 108½ gem. Oestr. südl. Staatsb. Lomb. 97½ a 98½ gem. Oestr. Franz. Staatsbahn (Prior.) neue 223 bez. Oestr. Kredit 63½ a 64¼ gem. Ital. Anleihe 56¾ a 57½ gem. Amerikaner 75¾ a 76⅛ gem.

Breslau, 8. Mai. Auf die definitive Nachricht des Zusammentritts resp. Beginns der Londoner Konferenzen, Armee-Reduktion in Italien und höhere Pariser Rente war die hiesige Börse in ziemlich günstiger Stimmung und wurden einzelne Spekulationspapiere, wie Amerikaner und Italiener ca. ½ pCt. höher bezahlt. Eisenbahn-Aktien waren gut behauptet und mehrseitig gefragt, jedoch wenig verändert. Das Geschäft bewegte sich im Allgemeinen in engen Grenzen und verhielten sich die Spekulanten noch sehr zurückhaltend. Fonds fest, östreichische Papiere unbelebt.

Schlußkurse. Oestr. Kredit-Bankaktien 64¾ bez. u. B. Oestr. Loose 1860 —. do. 1864 38 B. Reichenbach-Pardub. Pr. —. Bayrische Anleihe 95½ bz. u. G. Amerikaner 76½-⅔-½ bz. u. B. Schles. Bankverein 111½ B. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 133 G. do. Prior.-Oblig. 85⅝ B. do. do. Lit. D. 93¼ B. do. do. Lit. E. 93¼ B. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. Neisse-Brieger 93¼ B. Oberschl. Lit. A. & C. 176-75½ bz. u. G. do. Lit. B. 151 bz. do. Prior.-Obligation 77¾ B. do. do. 93¾ B. do. do. Lit. E. 85⅝ B. do. Lit. G. 93¼ B. 92¾ G. Oppeln-Tarnowitz 71½ G. Kosel-Oderberg 55¼ bz. Friedr. Wilh.-Nordbahn —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 8. Mai, Nachmittags 1 Uhr. Die Börse ist flau. Amerikaner 75⅝, Kreditaktien 149 à 148¾, steuerfr. Anleihe 45⅝, 1860er Loose 63 (angeboten 11).

Frankfurt a. M., 8. Mai, Abends. [Effekten-Societät.] Beliebt. Schluß matter. Amerikaner 75⅝, Kreditaktien 150¼, Nationalanleihe 51⅝, 1860er Loose 63½, steuerfreie Anleihe 45¾, östreichische Anleihe von 1859 58⅜.

Hamburg, 8. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. In Fonds beschränktes Geschäft bei schwankenden Kursen, Valuten schwächer. Hamburger Staats-Prämienanleihe 87.

Schlußkurse. National-Anleihe —. Oestreich. Kreditaktien 63⅜. Oestr. 1860er Loose 62. Mexikaner —. Vereinsbank 109½. Nordd. Bank 115¾. Rheinische Bahn 106¼. Nordbahn 85. Altona-Kiel 123½. Finnländische Anleihe 81. 1864er russ. Prämien-Anleihe 83¾. 1866er russ. Prämien-Anleihe 80½. 6% Verein. St.-Anl. per 1882 69⅜. Diskonto 2¾ %.

Wien, 8. Mai. [Abendbörse.] Fest. Kreditaktien 166, 70, Nordbahn 164, 50, 1860er Loose 83, 10, 1864er Loose 73, 30, Staatsbahn 200, 80, steuerfreie Anleihe 59, 85.

Wien, 9. Mai. [Schlußkurse der offiziellen Börse.] Nach Schluß der Börse Kreditaktien 165, 50. Neues 5% steuerfr. Anlehen 59, 80. 5% Metalliques 58, 60. 1854er Loose 73, 00. Bankaktien 719, 00. Nordbahn 164, 50. National-Anlehen 69, 40. Kreditaktien 166, 60. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 200, 00. Galizier 209, 25. Czernowitzer 173, 00. London 131, 50. Hamburg 98, 00. Paris 52, 30. Frankfurt 111, 00. Amsterdam 111, 00. Böhmische Westbahn 149, 00. Kreditloose 123, 25. 1860er Loose 83, 10. Lombard. Eisenbahn 193, 50. 1864er Loose 74, 50. Silber-Anleihe 77, 50. Anglo-Austrian-Bank 91, 00. Napoleonsd'or 10, 52½. Dukaten 622. Silberkupons 129, 75.

Paris, 8. Mai, Mittags. Die 3% Rente eröffnete bei ziemlich fester Haltung die Börse zu 68, 40.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp in Posen.